

4,90 €

Salzburg morgen

Das Update 2014

Neun Entwicklungen, die Salzburg prägen werden

Erstellt von Erich Mild, Jakob Reichenberger, Walter Scherrer,
Markus Seiwald, Silvia Traunwieser, Stefan Wally,
Waltraud Winkler-Rieder

Die AutorInnen: Erich Mild ist freiberuflicher Politikwissenschaftler. Er arbeitet und publiziert zu Fragen der Energie-, Klimaschutz- und Umweltpolitik; Jakob Reichenberger ist Studienleiter in St. Virgil Salzburg; Walter Scherrer ist Univ.-Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Universität Salzburg; Markus Seiwald studierte Landschafts-, Regional- und Stadtmanagement und arbeitet am Fachbereich Geographie und Geologie der Universität Salzburg; Silvia Traunwieser ist Juristin/Ethikerin im Bereich Rechts- und Sozialphilosophie der Juridischen Fakultät Salzburg. Ihre Schwerpunkte sind Wirtschafts- und Medizinethik; Stefan Wally ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Stiftung und unterrichtet Politikwissenschaften an verschiedenen Universitäten; Waltraud Winkler-Rieder ist Beraterin für Regionalentwicklung und Gesellschafterin der ÖAR Regionalberatung GmbH.

Die Arbeitspapiere werden von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen JBZ (Leiter: Dr. Walter Spielmann) herausgegeben. Ansprechpartner für das Projekt ist Mag. Stefan Wally MAS. Die Inhalte der Arbeitspapiere geben nicht notwendigerweise die Meinung der Robert-Jungk-Bibliothek wieder, sie sollen Diskussionen anregen.

Salzburg: JBZ-Verlag, 2014. ISBN 978-3-902876-22-5

Bisher erschienen:

- Nr. 1/ David Röthler/Government 2.0
- Nr. 2/ Minas Dimitriou/Sport zwischen Inklusion und Exklusion
- Nr. 3/ Nimet Ünal/Migration und schulischer Erfolg
- Nr. 4/ Georg Gruber/Zukunftsvorstellungen junger AsylwerberInnen
- Nr. 5/ Achim Eberspächer/Jungk: Zukunftsforscher u. Führungszeichen
- Nr. 6/ Silvia Augeneder/Kommerzialisierung menschlicher Körperteile
- Nr. 7/ Bärbel Maureder/Der Salzburger IT Arbeitsmarkt
- Nr. 8/ Barbara Eder/Freiwilligentätigkeit in Österreich
- Nr. 9/ Silvia Augeneder et al/Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen
- Nr. 10/ Reinhard Hofbauer/Lebensqualität als alternative Zielformel
- Nr. 11/ Sandra Filzmoser/Wohlbefinden und Engagement
- Nr. 12/ Edgar Göll/Governance-Modelle der Zukunft
- Nr. 13/ Martin Reindl/ Die Patientenverfügung
- Nr. 14/ Iwan Pasuchin/Mediengestaltung als demokratische Erfahrung
- Nr. 15/ Katharina Gammer/Robert Jungk, die frühen Jahre
- Nr. 16/ Andreas Pfützner /Robert Jungks Leben in Salzburg
- Nr. 17/ Luisa Picher / Robert Jungk und die Anti-Atomkraft-Bewegung
- Nr. 18/ Christian Schwendinger / Zukunftswerkstätten
- Nr. 19/ Michael Vereno u. Blake Giragos / Rezeption Robert Jungks in den USA
- Nr. 20/ Ernestine Depner-Berger u. Stefan Wally / Abschied von politischer Teilhabe
- Nr. 21/ Erich Mild / Energiepolitische Ziele Salzburg
- Nr. 22/ Helga Embacher / Robert Jungks Judentum
- Nr. 23/ Ulrike Kammerhofer / Regionale Identität
- Nr. 24/ Peter Emberger / Zur Rezeption von Robert Jungk in Österreich
- Nr. 25/ Robert Jungk / Zitatesammlung
- Nr. 26/ Silvia Augeneder et al / Salzburg morgen
- Nr. 27/ Elmar Altvater / Was uns Robert Jungk auf den Weg geben kann
- Nr. 28/ Wiebke Claussern u.a. / Die Kunst der Partizipation

www.arbeitspapiere.org / www.jungk-bibliothek.at / www.robertjungk100.org

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
1. Der Verlust der Integrationsfähigkeit im politischen System	10
2. Die zunehmende Kommerzialisierung von Lebensbereichen	15
3. Regionale Disparitäten in Salzburg nehmen zu	20
4. Klimawandel in Salzburg	29
5. Gesundheit bis zum Jahr 2030	35
6. Un/Gleich in Salzburg	40
7. Zunehmende kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft	44
8. Die Alterung der Gesellschaft wird zu Verteilungskämpfen führen	50
9. Internationalisierung und ökonomische Globalisierung	56

Einführung

Seit mittlerweile drei Jahren versuchen Salzburger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen Beitrag zur Diskussion über die Zukunft Salzburgs zu leisten. Im „Salzburg morgen“-Projekt der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsforschung (JBZ) wurden ab 2011 Entwicklungen skizziert, die nach Auffassung der Autorinnen und Autoren Salzburg bis 2030 prägen werden.

Entstanden ist die Zusammenarbeit aus den JBZ-Montagsrunden. Seit 2009 trafen sich bereits 59 Mal Salzburgerinnen und Salzburger, um auf der Grundlage qualifizierter Impulse wichtige Themen zu diskutieren. Mehr als 500 Interessierte beteiligten sich bisher an dem Format.

Der Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im „Salzburg morgen“-Projekt setzt sich aus Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Montagsrunden zusammen. Gemeinsam wollte man Diskussionen zu Thesen verdichten, diese in einem kleinen Team diskutieren und mit einer gemeinsamen Publikation zur Diskussion stellen.

Zu Beginn einigte man sich darauf, methodisch in der Tradition von Robert Jungk zu arbeiten. Jungk sprach von sozial orientierter Zukunftsforschung. Autorinnen und Autoren in dieser Tradition geht es darum, mögliche Zukunftsentwicklungen aufzuzeichnen und dadurch Zukunft gestaltbar zu machen. Jungk forderte, dass diese Forschung interdisziplinär erfolgen sollte. An diesem Projekt „Salzburg morgen“ arbeiten nun Menschen zusammen, die aus der Politikwissenschaft, der Geographie, der Rechtswissenschaft, der Volkswirtschaft und der Religionswissenschaft kommen. Jungk forderte weiters, dass die Forschung unter Einbeziehung möglichst Vieler vonstatten gehen sollen. Immer wieder forderte er, dass Betroffene zu Beteiligten gemacht werden sollten. Das Team dieser Studie versucht vor allem, die Mitdiskutanten aus den JBZ-Montagsrunden zu motivieren, sich zu beteiligen. Zuletzt gab es 2012 eine Onlinebefragung, im Sommer 2013 eine öffentliche Diskussion der Thesen.

Schließlich forderte Jungk immer, dass die Ergebnisse in einem „Feed-Back“ verfahren regelmäßig überprüft werden. Genau dies passiert mit diesem Band. Jedes Jahr sammelt das „Salzburg morgen“-Team neue Informationen, anhand derer die aufgestellten Thesen überprüft und ggf. aktualisiert werden. Die Autorinnen und Autoren haben gesellschaftliche Veränderungen und neu publizierte Daten gesammelt und diese darauf abgefragt, ob die Thesen geändert, verworfen oder bestätigt werden können.

Neun Entwicklungen bis 2030

Es wird eine Öffnung des politischen Systems geben,
erzwungen durch sinkende Wahlbeteiligung, weniger Parteimitglieder, mehr WechselwählerInnen und weniger KandidatInnen.

Es kommt zu einer Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen.
Immer mehr Bereiche des menschlichen Lebens werden durch spezialisierte, den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe angepasste, Marktangebote bedient.

Regionale Disparitäten nehmen weiterhin zu. Eine einfache Zweiteilung in Salzburger Zentralraum und Innergebirg greift aber zu kurz.

Der Klimawandel wird sich fortsetzen
und Anpassungen in vielen Lebensbereichen erfordern, besonders im Wintertourismus.

Das Gesundheitssystem wird grundlegend reformiert sein,
mehr (private) Gesundheitsdienstleistungen und mehr Gesundheitsvorsorge sowie -erhaltung werden durch allgemeine Entwicklungen erzwungen werden.

Die soziale Polarisierung nimmt in Salzburg zu
durch Verknappung von Wohnraum, "Ethnisierung" von Armut und stärkerer Distinktion zwischen sozialen Schichten.

Zunehmende kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft,
unter anderem aufgrund des Nachrückens von Generationen mit Menschen mit Migrationshintergrund und der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung.

Steigendes durchschnittliches Alter der Bevölkerung
und daraus folgende Anforderungen u. a. an öffentliche Wohlfahrt, Finanzen, Kultur und Politik.

Internationalisierung des Lebens in Salzburg
durch die ökonomische Globalisierung, die Massenmedien, die berufliche Spezialisierung und die Bildung.

Ausgewählte Indikatoren

Desintegration des Politischen Systems

✓ **Wahlbeteiligung: Rückgang von 82,9% auf 72,7%**

Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Salzburg im Vergleich der Jahresspannen 1970/1979 und 2005/2014.

✓ **Anzahl der Parteien: Steigerung von 2,14 auf 3,81**

Anzahl der relevanten Parteien bei Landtagswahlen Salzburg im Vergleich der Jahresspannen 1970/1979 und 2005/2014 (Molinar-Index).

✓ **Schwankungen bei Wahlen: Zunahme von 5,9% auf 17,7%**

Differenz der Ergebnisse zwischen zwei Wahlen für die Parteien im Vergleich der Jahresspannen 1970/1979 und 2004/2013 (Pederson-Index).

Kommerzialisierung weiterer Lebensbereiche

✓ **Einpersonenhaushalte: Zunahme auf 82.700**

Wert Salzburg 2013. Zunahme in Österreich (1997-2013) von 925.000 auf 1.359.000.

✓ **Über 25-Jährige in Aus- und Weiterbildung: Steigerung auf 13%**

2013 im Vergleich zu 2004 plus zwei Prozent. (berücksichtigt sind nur Personen im Alter von 25 - 64).

Zunahme der regionalen Disparitäten

✓ **Einkommensunterschied: Zunahme von 11% auf 15%**

Vergleich des monatlichen Bruttomedianeinkommens inkl. Sonderzahlungen, zwischen Flachgau und Lungau in den Jahren 2000 und 2012.

x **Anzahl der Erwerbstätigen: Zunahme im Zentralraum um 12% und Innergebirg um 14%**

Erwerbstätige (Arbeitsortkonzept), 2011 im Vergleich zu 2000.

x **Unterschied der Wirtschaftsleistung pro Einwohner: Rückgang von 37% auf 34%**

Der Wert lag 2000 für Salzburger Zentralraum um 37% über jenem in Innergebirg, 2011 betrug dieser Wert nur noch 34%.

Klimawandel

✓ **Temperaturanstieg in Salzburger Alpenregionen: 1,5 bis 2mal schneller**
im Vergleich zum weltweiten Durchschnitt .

✓ **Schigebiete mit erhöhtem Kunstschneebedarf: Mehr als 50 %**
Österreich. Indikatoren „100 Tage Schneesicherheit im Winter“, „Schnee zu Weihnachten“ und Schnee bei Saisoneroöffnung“, bei einer Erwärmung um 2°C gegenüber der Referenzperiode 1961-1990 ; Notwendigkeit, deutlich mehr als bisher in die Kunstschneeproduktion zu investieren; (Studie Steiger/Abegg).

Veränderung der Gesundheitsversorgung

✓ **Psychische Erkrankungen: Zunahme der Krankheitstage pro Jahr um 7,7**
Österreich, Fehlzeitenreport (FZR) 2008: 31,4 Krankenstandstage, FZR 2013: 39,1 Tage wegen psychischer Störungen, was mittlerweile 2,3% der Krankenstandsfälle ausmacht (im FZR 2008 waren es lediglich 1,8% der Krankenstandsfälle), (WIFO Fehlzeitenreport 2008, 2012, 2013).

✓ **Private Gesundheitsausgaben: Steigerung von 2,5 Mrd auf 6,9 Mrd.**
1990 2.567 Mio Euro, 2008 6.050 Mio Euro, 2012 6.871 Mio Euro
(private Haushalte und Versicherungsunternehmen laut System of Health Accounts OECD 1990-2012).

✓ **Hospiz- und Palliativsystem in Österreich: Ausbau von 235 auf 291** 2008 verfügt Österreich über 235 Hospiz- und Palliativeinrichtungen, 2013 über 291 Einrichtungen. (Hospiz Österreich).

Soziale Polarisierung

✓ **Anteil des reichsten 1% am Vermögen: 37 Prozent**
Österreich, HFCS Daten, veröffentlicht 2014.

✓ **Anteil der am wenigsten Vermögenden 50% am Vermögen: 2,2 Prozent**
Österreich, HFCS Daten, veröffentlicht 2014.

✓ **Wohnkosten- im Vergleich zu Einkommenssteigerung: 11,8 zu 9,8%**
Salzburg; Zahlen der Arbeiterkammer; 2012 zu 2008.

Zunehmende kulturelle Vielfalt

✓ **BewohnerInnen ohne österr. Staatsbürgerschaft: Plus 10.000**

Zunahme von 2003 bis 2013 in Salzburg auf 71.853.

✓ **BewohnerInnen mit Migrationshintergrund: Steigerung auf 19,3%**

Salzburg, Unterschied zwischen 2011 und 2013: 1,0 Prozent.

✓ **Im Ausland geborene BewohnerInnen: Zunahme auf 16,6%**

Salzburg 2014 zu 2012, Zunahme um 0,6 Prozent.

Zunehmende Kosten für alternde Bevölkerung

✓ **Anteil der über 65-Jährigen: Steigerung von 16,5% auf 24,2%**

In Salzburg im Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 2010, Daten 2014 der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria-

✓ **Ausgaben für Alterung: Steigerung um 3,5 Prozent des BIP bis 2030**

Referenzszenario des EU Ageing Report 2012 für Österreich, Basis; 2010.

✓ **Ausgaben des Landes für alterungsbezogene Bereiche: Steigerung von 329 auf 382 Mio. Euro**

Netto-Ausgaben für Pflege, Gesundheit, Öffentliche Wohlfahrt im Vergleich Rechnungsabschluss 2010 zu Voranschlag 2014.

Zunehmende Internationalisierung

✓ **Exporte: Plus 80 Prozent**

Anstieg der Exportwerte der Salzburger Wirtschaft von 2001 auf 2013.

✓ **Ausländische Arbeitskräfte: Steigerung von 12 auf 18 Prozent**

Anstieg des Anteils der ausländischen Arbeitskräfte im Land Salzburg von 2003 bis 2013.

✓ **Ausländische Gäste im Tourismus: 77 Prozent**

der Gästenächtigungen im Salzburger Tourismus entfallen auf ausländische Gäste.

1. Der Verlust der Integrationsfähigkeit im politischen System

(Autor: Stefan Wally) In den Trendbeschreibungen von „Salzburg morgen“ im Jahr 2012 haben wir für den Bereich des politischen Systems folgende Entwicklungen beschrieben:

- Die Wahlbeteiligung wird nicht wieder Niveaus wie in den 1970er-Jahren erreichen.
- Die Volatilität im politischen System wird zunehmen, es kommt zu stärkeren Schwankungen bei Wahlergebnissen und zu Änderungen durch Parteineugründungen.
- Parteien werden zunehmend Schwierigkeiten haben, Mitglieder und Funktionäre zu rekrutieren.
- Dies wird zur Öffnung der Parteien für neue Formen der Beteiligung führen.

Die Annahme, dass die Wahlbeteiligung sich nicht erholen wird, fand auch in den Wahlen seit Vorlage der Thesen ihre Bestätigung. Bei den Gemeindevertretungswahlen 2014 sank die Wahlbeteiligung im Land Salzburg deutlich von 72,1 auf 64,8 Prozent. Bei den Landtagswahlen 2013 sank sie von 74,4 auf 71,0 Prozent, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 von 42,4 auf 40,5 Prozent.

Einzelne Wahlen sind stark beeinflusst von aktuellen Themen und Umständen. Deswegen werden hier die Wahlen von jeweils zehn Jahren herangezogen und ein Durchschnitt bestimmt, um diese Einflussfaktoren etwas zu mildern. Errechnet man nun einen entsprechend modifizierten-Durchschnitt der letzten zehn Jahre (2005 bis 2014), ergibt sich folgendes Bild:

Höhe der Wahlbeteiligung im Vergleich				
	Mit Österreich vergleichbare Staaten ¹	Österreich (Nationalrat)	Salzburg (Nationalrat)	Salzburg (Landtag)
1970 bis 1979	88,1%	92,3%	90,1%	82,9%
2000 bis 2009	72,8%	81,5%	79,3%	75,9%
2005 bis 2014	72,3%	77,4%	76,7%	72,7%

Nimmt man an, dass Wahlverhalten sich im Lebenslauf nicht deutlich verändert, hat es eine Bedeutung, welche Wahlneigung nachrückende Generationen im Vergleich zu ausscheidenden Generationen haben. Die Wahlbeteiligung bei einer Nationalratswahl 2013 unter den befragten 16- und 17-Jährigen lag bei 63 Prozent und deutlich niedriger als die Wahlbeteiligung aller Befragten (80 Prozent). Diese Zahlen wurden im März 2014 vorgelegt.²

Auch die soziale Schieflage, die in der Studie über die Entwicklungen in Salzburg diagnostiziert wurde, findet weiter Bestätigung. Einerseits liegt seit Ende 2013 eine umfangreiche Studie der Bertelsmann-Stiftung vor, die den Salzburger Erkenntnissen entsprechende Ergebnisse auch in Deutschland feststellt: Wirtschaftlich schwächere Regionen haben deutlich niedrigere Wahlbeteiligungen.³ Auch die zwischenzeitlich in Salzburg stattgefundenen unterschiedlichen Wahlen bestätigen den Trend in der Stadt Salz-

¹ Gruppenbildung auf der Basis von: Freitag, M., Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien. Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden. In: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*. Heft 4/1996. Eigene Kalkulationen auf der Basis der Voter-Turnout Database vom International Institute For Democracy and Electoral Assistance (2014)

² ORF, 26.3.2014

³ Petersen, T; Hierlemann, D.; Vehrkamp, R. B.; Wratil, C.: *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*. Berlin: Bertelsmann-Stiftung, 2013.

burg. Der Unterschied in der Höhe der Wahlbeteiligung zwischen reichen und ärmeren Stadtteilen ist groß und nimmt weiter zu.

Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen Wahlbezirken mit höchster und mit niedrigster Wahlbeteiligung (Stadt Salzburg, Durchschnitt)			
	bei Nationalrats- wahlen	bei Landtagswahlen	bei Gemeindevor- rats- wahlen
1980 bis 1989	8,5%	8.1% ⁴	7,5%
1990 bis 1999	8,6%	7,7%	7,4%
2000 bis 2009	14,4%	13,7%	14,2%
Seit 2010	18,0%	16,0%	18,0%

Die Volatilität des Parteiensystems nimmt zu. Dies wurde unter anderem mit der abnehmenden Parteibindung begründet. Empirisch wird die Volatilität eines Parteiensystems mit dem Pederson-Index⁵ dargestellt. Der Pederson-Index addiert die Differenzen zwischen zwei Wahlen für jede Partei und dividiert sie schließlich durch zwei. Dies ergab in Salzburg in den 1970er-Jahren den Wert von 5,9 Prozent, zwischen 2000 und 2009 den Wert von 11,9. Berücksichtigt man die Landtagswahl 2013 und verwendet das Jahrzehnt 2005 bis 2014 erhöht sich der Wert auf 17,7 Prozent.⁶

Auch die Anzahl der Parteien nimmt zu. Erwähnt seien hier das Team Stornach, das mittlerweile in der Salzburger Landesregierung vertreten ist, die Neos, die in der Stadtregierung ein Ressort übernommen haben und die vielen kleinen Gruppen, die bei den Gemeindevertretungswahlen antraten.

⁴ Daten nur für 1989 vorhanden.

⁵ Pedersen, M. S., Electoral Volatility in Western Europe 1948 – 1977, in: *European Journal of Political Research*, 7 (1979), S. 1–26.

⁶ Eigene Berechnungen.

Um die Anzahl der Parteien wissenschaftlich zu bestimmen, verwendet man in der Politikwissenschaft den Index von Laasko-Taagepera⁷, der die Anzahl der Parteien gewichtet. Der in der Wissenschaft konkurrierende Index von Molinar⁸ errechnet eine niedrigere Anzahl von Parteien, wenn eine Partei weitgehend allein dominieren kann.

Anzahl der Parteien in Salzburg					
Anzahl der Parteien n. Laasko Taagepera	Salzburg (Nationalratswahl)	Salzburg (Landtagswahl)	Anzahl der Parteien nach Molinar	Salzburg (Nationalratswahl)	Salzburg (Landtagswahl)
1970 bis 1979	2,53	2,65	1970 bis 1979	2,26	2,14
2000 bis 2009	3,87	2,98	2000 bis 2009	2,84	2,40
2013	5,21	4,56	2013	4,27	3,81

Bei den Gemeindevertretungswahlen 2014 traten in 117 Gemeinden 178 Listen an, die nicht von ÖVP oder SPÖ gestellt wurden, 2009 waren es 159.⁹

Über die Entwicklung der Parteimitgliedschaften in Salzburg wurden in den vergangenen Monaten neue Zahlen publik. Demnach spricht die Volkspartei von 34.000, die Sozialdemokraten von 7.500, die Freiheitlichen von 3.000 und die Grünen von 400 Mitgliedern.¹⁰ Das entspricht einem Rückgang gegenüber 2011 bei allen Parteien.¹¹ Demnach sind heute 44.900

⁷ Laasko, M., The "Effective" Number of Parties: "A Measure with Application to West Europe", Comparative Political Studies, 12:1 (1979:Apr.) S. 3.

⁸ Molinar, Juan. 1991b, "Counting the Number of Parties: An Alternative Index," American Political Science Review, 85, 4 (December), S. 1383-92.

⁹ Eigene Berechnungen auf der Basis Landesstatistik

¹⁰ Salzburger Nachrichten, 7.8.2014.

¹¹ Salzburger Nachrichten, 7.2.2011.

Salzburgerinnen und Salzburger Mitglied in einer Partei, im Durchschnitt der 00er-Jahre waren es 48.500.

Weiters zeigte sich bei den Europawahlen, dass es den Parteien immer schwerer fällt, Aufgaben zu bewältigen, die bisher selbstverständlich erledigt wurden. In 60 städtischen Wahllokalen gab es nur einen Beisitzer in der Wahlkommission. Nur die SPÖ konnte alle Wahlkommissionen besetzen. Die FPÖ schafft 70 Prozent, die Grünen hätten gerade einmal 25 Beisitzer gemeldet.¹² Aus Deutschland liegen Zahlen über die Entwicklung der Parteimitgliedschaften vor, die 2013 veröffentlicht wurden. Sie zeigen einen ungebrochenen Trend. Die aktuellsten Zahlen zeigen einen Rückgang um drei Prozent für die Summe aller Parteien. Seit 1991 war dieser Trend niemals positiv.¹³ Dabei haben die Parteien in Deutschland bereits deutlich weniger Mitglieder in Relation zur Gesamtbevölkerung als die österreichischen Parteien.

Die Öffnung der Parteien in Salzburg ist hingegen evident. Bei den Gemeindevertretungswahlen suchten die Grünen über Plakate in Gemeinden nach möglichen Kandidat/inn/en. Die SPÖ in Leogang suchte für die auscheidende Bürgermeisterin eine/n geeignete/n Nachfolger/in per Postwurf. Viele Parteilisten bei der Gemeindevertretungswahlen nutzen den Zusatz „und Unabhängige“.¹⁴

Auf dieser Grundlage liegt es nahe, die konstatierten Entwicklungen auch bis 2030 für wahrscheinlich zu erachten.

¹² ORF22.5.2014

¹³ Niedermayer, O., Parteimitglieder in Deutschland: Version 2013. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20.

¹⁴ Salzburger Nachrichten, 22.11.2013

2. Die zunehmende Kommerzialisierung von Lebensbereichen

(Autor: Jakob Reichenberger) Ein weiterer Trend beschreibt die zunehmende Kommerzialisierung unterschiedlicher Lebensbereiche in unserer Gesellschaft. Darunter verstehen wir, dass zunehmend Märkte für Güter oder Dienstleistungen in Bereichen der Gesellschaft entstehen, die vorher kaum oder gar nicht der Geldlogik unterworfen waren.¹⁵ Kommerzialisierung wird als Konsequenz einer zunehmend ökonomisierten Gesellschaft betrachtet: Die Logik der Ökonomie hält in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Einzug und beeinflusst dadurch indirekt auch andere Teilbereiche.

Zwar kommt Jens Bergmann in einer Studie zu dem Ergebnis, dass die Ökonomisierung des Privathaushalts (Intensivierung der Marktbeziehungen des Privathaushalts; Eindringen ökonomischer Effizienzkalküle; Emotionalisierung und Rationalisierung der Tätigkeiten im Privathaushalt) nicht bestätigt werden kann.¹⁶ Privatheit wird gerade in Abgrenzung zur ökonomisierten Öffentlichkeit als Gegenwelt konstruiert, die der Bedürfnisbefriedigung, der Fürsorge und Regeneration dienen soll.¹⁷ Doch gerade diese besondere Bedeutung des Privaten als Rückzugsort und Regenerationsraum scheint eine Konsequenz der Ökonomisierung der Öffentlichkeit und Arbeitswelt zu sein, die wiederum eine Kommerzialisierung ermöglicht.

Spuren für diesen Bedeutungszuwachs der Ökonomie und in Folge einer Kommerzialisierung vermuten wir in *drei Bereichen/Themenfeldern*, die wir wiederum mit einigen Indikatoren überprüfen.

¹⁵ Bergmann beschreibt Kommerzialisierung als „Umwandlung von bisher marktfreien Bereiche[n] des sozialen Lebens in Märkte“. Bergmann, Jens, *Ökonomisierung des Privaten. Aspekte von Autonomie und Wandel der häuslichen Privatheit*, Wiesbaden 2011, 183.

¹⁶ Vgl. Bergmann, *Ökonomisierung*, 180-184.

¹⁷ Vgl. Bergmann, *Ökonomisierung*, 181.

Arbeit

Der Bereich Arbeit beschreibt eine Zunahme des Stellenwerts der Erwerbsarbeit. Diese zeigt sich u. a. in der fortschreitenden Auflösung der Grenzen von Arbeit und Freizeit. Örtlich bleibt Erwerbsarbeit nicht auf das Büro oder die Firma beschränkt; Arbeit wird vermehrt mit nach Hause genommen und dringt in das Private ein. Der große Stellenwert der Erwerbsarbeit bringt einen steigenden Druck zur Selbstoptimierung (Weiterbildung aber auch körperliche und seelische „Fitness“), um für die Berufswelt „attraktiv“ zu bleiben.¹⁸ Die Kehrseite des Zwangs zur Selbstoptimierung ist ein großer Markt für physische und psychische Optimierungs- und Erholungsangebote. Ein möglicher Indikator dafür ist das Burn-out-Syndrom. 2013 litten um die 500.000 Personen in Österreich an Burn-out. 1,1 Millionen Menschen waren Burn-out gefährdet.¹⁹ Eine Novelle zum Arbeitnehmerschutzgesetz verpflichtet Unternehmen seit dem letzten Jahr dazu, die psychische Gesundheit der Mitarbeiter/innen zu evaluieren. Dahinter verbirgt sich auch eine wirtschaftliche Motivation, denn Ausfälle und Krankenstände kosten die Unternehmen viel Geld. Ein neuer Markt entsteht, der Menschen, beruflich wie privat, Wege zeigt, mit Belastungssituationen besser umzugehen. Durch Wellness- oder Sinnangebote sollen die Erschöpften wieder Energie tanken können.

Gleichzeitig gilt es auch, sich beständig weiterzubilden. Die Strategie für lebenslanges Lernen ist eine Initiative der Europäischen Union. Die Motivation an Weiterbildungsangeboten teilzunehmen hat zum überwiegenden

¹⁸ Vgl. auch Mair, Judith (u. a.), Ich-Ziplin, in: GDI Impuls (2/2014), 22-27. Die Autor/inn/en beschreiben die Möglichkeit der Selbstoptimierung über moderne Medien und Apps, die sämtliche Lebensphasen überwachen und so ständig Verbesserungspotenziale aufzeigen. Über die Website: www.quantifiedself.com haben sich Menschen zusammengeschlossen, die genau diese Quantifizierung des Selbst vorantreiben wollen.

¹⁹ Vgl. Hierländer, Jeannien, Burn-out, in: Die Presse, 19.02.2014, http://diepresse.com/home/wirtschaft/recht/1564955/Burnout_Meist-auch-private-Grunde; 21.07.2014.

Teil berufliche Gründe. Wer sich weiterbildet, tut dies um den „Beruf besser ausüben zu können“ (65%)²⁰

Beteiligung an Aus- und Weiterbildung						
Jahr	Österreich			Salzburg		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
2004	11,6%	12,2%	10,9%			
2010	13,7%	14,7%	12,7%			
2013	13,9%	15,3%	12,6%	12,9%	14,9%	10,8%

Indikator Lebenslanges Lernen (LLL): Aus- und Weiterbildung der Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren, in den letzten vier Wochen vor Befragung. Quelle: Statistik Austria²¹

Zeit

Ein zweiter Bereich ist aus dem ersten abgeleitet: Zeit. Rationalisierte Lebenswelten stilisieren Zeit zum kostbaren Gut, das nur sinnvoll verbraucht werden darf. Wer wenig Zeit hat, muss gut planen. Die Konsequenz: Im Privaten wird ausgelagert, was nicht dem ökonomischen Ideal entspricht: Die Optimierung der eigenen Komplementärzeit, also jener Zeit, die neben der Zeit, die für Erwerbsarbeit verplant ist, übrig bleibt, wird zum Movers persönlicher Lebensgestaltung. Ein zusätzlicher Markt für Kinderbetreuungsangebote, Pflege von Angehörigen, Hausarbeiten, etc. wird entsethen

²⁰ Quelle: Statistik Austria, Erwachsenenbildungserhebung 2007. Die Teilnahme an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten ist in Österreich sehr stark von der eigenen Bildungsbiografie geprägt. Menschen mit einem niedrigen Bildungsabschluss nehmen auch seltener an Weiterbildungsangeboten teil (vgl. Salfinger-Pilz, Brigitte, *Bildungsverhalten Erwachsener im sozialen Kontext. Erwachsenenbildungserhebung 2007 (AES)*, in: *Statistische Nachrichten* 2/2010, 124-134).

²¹ Statistik Austria, *Lebenslanges Lernen 1995-2013 und Teilnahme an Kursen und Schulungen in den letzten 4 Wochen nach Bundesland – Jahresdurchschnitt 2013* (http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/erwachsenenbildung_weiterbildung_lebenslanges_lernen/weiterbildungsaktivitaeten_der_bevoelkerung/index.html; 16.07.2014)

Die Komplementärzeit, die nicht der Selbstoptimierung gewidmet ist, ist geprägt von einem zunehmenden Rückzug ins Private. Der eigene Lebensbereich soll so angenehm wie möglich gestaltet werden. Die Motivation, sich ehrenamtlich zu engagieren hat weniger mit altruistischen Motiven zu tun, als damit, den eigenen Marktwert zu verbessern oder zumindest das eigene Wohlbefinden zu erhöhen.²²

Soziale Netzwerke

Ein dritter Bereich bezieht sich auf die Veränderung von sozialen Netzwerken und Lebensformen. Diverse gesellschaftliche Faktoren (Individualisierung, Flexibilisierung, Globalsierung, etc.) tragen dazu bei, dass Menschen heute in anderen sozialen Netzwerken leben. Ein Indikator dafür ist die Anzahl der Einpersonenhaushalte, und diese steigt kontinuierlich.

Privathaushalte in Österreich ²³				
Jahr	Österreich		Salzburg	
	insgesamt	Einpersonenhaushalte	insgesamt	Einpersonenhaushalte
1997	3.135.000	925.000		
2007	3.537.000	1.240.000		
2010	3.624.000	1.305.000		
2013	3.705.000	1.359.000	229.300	82.700

Von 1997 bis 2013 ist die Anzahl der Privathaushalte um etwa 18% gestiegen. Im Jahr 1997 lebten 925.000 Personen in Einpersonenhaushalten. 2013 waren es 1,359 Millionen Menschen. Eine Steigerung von etwa 47%.

²² Vgl. Seeligman, Martin, Flourish: Wie Menschen aufblühen, 2012.

²³ Quelle: Statistik Austria, Privathaushalte und Familien 1984 bis 2013.

Ein weiterer Indikator ist das durchschnittliche Erstheiratsalter. Dieses lag 2003 bei Frauen bei 27,7 und bei Männern bei 30,4 Jahren. 2013 lag es bei Frauen bereits bei 29,8 Jahren und bei Männern bei 32,2 Jahren.²⁴

Beide Indikatoren deuten Veränderungen von privaten Netzwerken an. Wer alleine lebt, ist stärker auf Dienstleistungen angewiesen, die in Familien oder anderen Mehrpersonenhaushalten von Haushaltsmitgliedern übernommen werden können.

Somit kann auch der Trend einer zunehmenden Kommerzialisierung von Lebensbereichen bestätigt werden.

²⁴ Quelle: Statistik Austria, Eheschließungen seit 2003 nach ausgewählten Merkmalen.

3. Regionale Disparitäten in Salzburg nehmen zu

(Autor: Markus Seiwald) Lukas Lengauer, der in der ersten „Salzburg morgen“-Studie für diesen Teilbereich verantwortlich zeichnete, vertritt die These, dass die Ungleichgewichte zwischen ländlich und städtisch geprägten Regionen in Hinblick auf Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsleistung weiter zunehmen werden. Er führt dies im Wesentlichen auf drei Ursachenkomplexe zurück. Erstens würden sich Unternehmen in Anbetracht zunehmender internationaler Konkurrenz und veränderter Produktionsbedingungen in der modernen „Wissensökonomie“ vermehrt in Städten ansiedeln, was in der Folge auch zu Migrationsströmen dorthin führe. Zweitens würde sich die Politik langsam von einer ausgleichsorientierten Wachstumspolitik verabschieden und z. B. im Rahmen von Clusterprogrammen und Technologieförderung vor allem jene Regionen und Unternehmen unterstützen, von denen erwartet wird, dass sie im internationalen Wettbewerb bestehen können („picking winners“). Dabei handle es sich abermals vor allem um städtische Zentralräume und wachsende Industrieregionen. Drittens würden weitere technologische und soziale Makrotrends, wie z. B. der demographische Wandel oder steigende Mobilitätskosten, diese Entwicklungen modifizieren und weiter beschleunigen.

Lukas Lengauer leitet aus den skizzierten Trends eine weitere Konzentration von Bevölkerung und Arbeitsplätzen im Salzburger Zentralraum ab, während die Gebirgsgaue und hier vor allem der Lungau ökonomisch zurückfallen würden. Er sieht in diesen Entwicklungen einen Arbeitsauftrag an die Politik, Handlungsoptionen abzuwägen. Die seit Jahrzehnten verfolgte Ausgleichspolitik zwischen ländlichen und städtischen Räumen würde in einem Umfeld zunehmender zentripetaler Wachstumsdynamik die Bereitstellung immer höherer Finanzmittel erfordern, um wirksam zu bleiben. Hingegen könne eine Politik des Städtewachstums und des kontrol-

lierten Schrumpfens ländlicher Peripherien durchaus Vorteile in Hinblick auf die Zukunftschancen der Bevölkerung bringen und den Nutzungsdruck in den ländlichen Gebieten verringern. Ohne sich für eine der beiden angedeuteten Optionen auszusprechen, plädiert Lukas Lengauer dafür, die Debatte um die zukünftige Ausrichtung der Salzburger Regionalpolitik offen zu führen.

Das vorliegende „Update“ greift die drei oben skizzierten Ursachen für eine fortschreitende Zunahme der regionalen Disparitäten auf und überprüft anhand aktueller Entwicklungen deren Wirkmächtigkeit. Dazu werden in Abschnitt 1 zuerst überblicksmäßig aktuelle ökonomische Daten analysiert, die die postulierte diametrale Entwicklung von Salzburger Zentralraum und ländlichem Raum weitgehend bestätigen. Abschnitt 2 geht in der Folge auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der regionalen Wirtschaftspolitik ein. Abschnitt 3 beschäftigt sich mit dem Makrotrend des demographischen Wandels in den Salzburger Teilregionen und skizziert die strategische Ausrichtung der Raumplanung angesichts dieser weitreichenden Herausforderung. Abschnitt 4 fasst die wesentlichen Erkenntnisse zusammen und zieht Schlussfolgerungen.

Stärkeres ökonomisches Wachstum der Zentralräume

Daten für die regionale wirtschaftliche Entwicklung liegen primär auf Ebene der NUTS3-Regionen vor. Das Bundesland unterteilt sich nach diesem europäischen Klassifizierungssystem in die drei Regionen Salzburg und Umgebung, Pinzgau-Pongau und Lungau. Vergleicht man die relative Entwicklung des Bruttoregionalprodukts (BRP) seit 2000 in diesen Teilregionen, so wird die unterschiedliche Dynamik in Hinblick auf die ökonomische Entwicklung sichtbar (vgl. Abbildung 1).

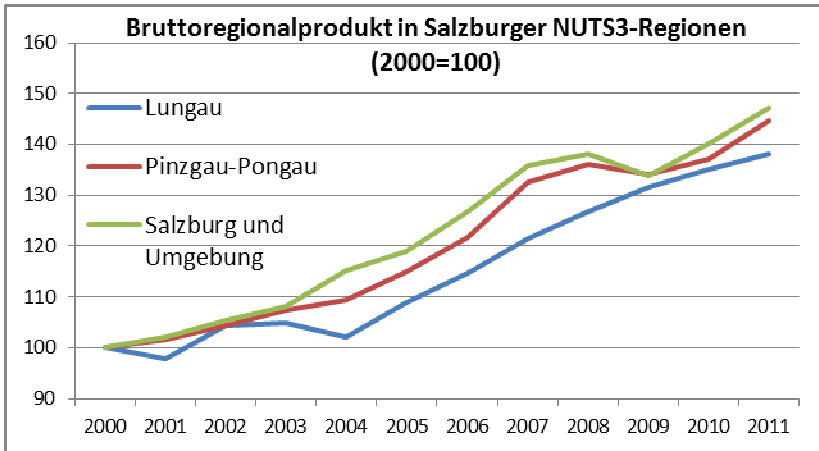


Abbildung 1: Bruttoregionalprodukt in Salzburger NUTS3-Regionen (Statistik Austria, 2014b)

In Anbetracht der unterschiedlichen Größe der statistischen Einheiten ist ein Blick auf das BRP pro Einwohner jedoch unabdingbar. Auch diese Werte verdeutlichen die ökonomischen Disparitäten zwischen den Regionen. So lag Salzburg und Umgebung 2011 mit einem BRP pro Einwohner von 45.400 € auf Platz 3 in der Rangliste der 35 österreichischen NUTS3-Regionen. Die Region Pinzgau-Pongau belegte mit einem Wert von 34.500 € Platz 15 und der Lungau mit 27.800 € Platz 20 (Statistik Austria, 2014b). Diese Zahlen wirken auf den ersten Blick dramatisch.

In Hinblick auf die relative Entwicklung des BRP pro Einwohner seit der Jahrtausendwende ist jedoch festzustellen, dass kaum signifikante Unterschiede zwischen den Regionen vorliegen (vgl. Abbildung 2). In Relation zu den übrigen Landesteilen und dem Österreichschnitt erfuhr der Indexwert für den Lungau in Folge der globalen Krise von 2008 auf 2009 sogar einen kurzen, sprunghaften Anstieg. Dieser spiegelt sich in der Rangliste der österreichischen NUTS3-Regionen nach BRP pro Einwohner wider; im Zeitraum von 2008 bis 2011 verbesserte sich der Lungau hier um 6 Plätze (Land Salzburg, 2011: 25).

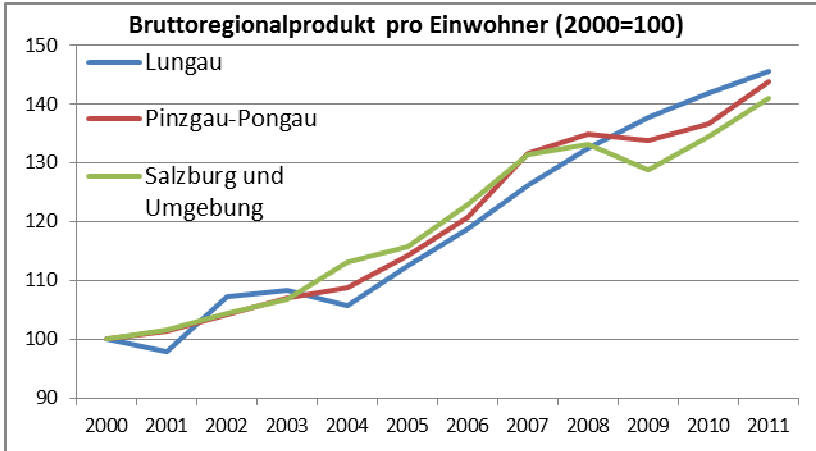


Abbildung 2: Bruttoregionalprodukt pro Einwohner in Salzburger NUTS3-Regionen (Statistik Austria, 2014b)

Auch die Bilanz der Beschäftigten aus Unternehmensgründungen bzw. -schließungen für die Jahre 2008 bis 2011 ist für den Lungau leicht positiv (+76 Beschäftigte). Arbeitsplätze aus Neugründungen entstanden in diesem Zeitraum auch in der Region Pinzgau-Pongau (+310), während in Salzburg und Umgebung Arbeitsplätze (-129) verloren gingen (Statistik Austria, 2013).

Der ländliche Raum zeigt sich also von den Auswirkungen der globalen Krise in den Jahren 2008/09 weniger betroffen als der Salzburger Zentralraum. Dies liegt zum einen an dem geringeren Grad der Intensität internationaler Wirtschaftsverflechtungen, vor allem des Lungaus. Zum anderen wirkten sich in den letzten Jahren größere Einzelereignisse auf die Statistik aus. So fiel die Neugründung des Maco-Werks in Mauterndorf und die Kündigung von 450 Mitarbeitern bei M-Real in Hallein in den Beobachtungszeitraum.

Regionale Wirtschaftspolitik im Wandel

Die regionale Wirtschaftspolitik scheint sich tatsächlich von dem Ziel eines Ausgleichs der ökonomischen Disparitäten zwischen den Salzburger Teil-

regionen zu verabschieden. Während in den Wirtschaftsleitbildern der Jahre 1997 und 2004 ein Abbau der regionalen Unterschiede in der Wirtschaftsdynamik angestrebt wurde (Scherrer, 2008), lautet die Zukunftsvision des Leitbildes 2011: „Die Wirtschaftspolitik strebt nicht länger eine Angleichung des Wirtschaftsniveaus unterschiedlicher Teilregionen an. Vielmehr werden nun die regionalen Potenziale unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Entwicklung ausgeschöpft und auf die unterschiedlichen Regionstypen maßgeschneiderte Konzepte erarbeitet“ (Land Salzburg, 2011: 47). Damit liegt man im Trend: Auch die EU setzt im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik von 2014 bis 2020 auf „Smart Specilisation“ als strategisches Leitbild, um regionale Innovationspotenziale zu stärken.

Wie eine solche Entwicklung und Nutzung der regional vorhandenen Potenziale im Detail aussehen sollte bzw. könnte, wird im Salzburger Leitbild nicht näher ausgeführt. Im Wirtschaftsleitbild 2004 ging man an dieser Stelle noch einen Schritt weiter und formulierte einige Maßnahmen zur Unterstützung der Regionen bei der Entwicklung regionaler Potenziale. Explizit wurde beispielsweise die Profilierung des Pinzgaus und Pongaus als Thermenregion oder die Entwicklung der Kompetenzen im Bereich Kunststoff in Uttendorf angeführt. Man räumte jedoch bereits 2004 ein, dass die Festlegung von Schwerpunkten und Profilen im Wesentlichen nur durch die Regionen selbst erfolgen könne. Im Rahmen des aktuellen Leitbilds werden nun abermals Maßnahmen zur Unterstützung der kommunalen und regionalen Kooperation vorgeschlagen.

Die wesentlichen Institutionen, die zu einer regionsspezifischen Entwicklung beitragen sollen, sind die neun Salzburger Regionalverbände. Diese erarbeiten – zum Teil unterstützt durch das Land Salzburg – regionale Entwicklungskonzepte, die die strategische Ausrichtung der zukünftigen Aktivitäten definieren. Die Entwicklungskonzepte werden anschließend im Rahmen von verbindlichen Regionalprogrammen durch Ziele und Maßnahmen ergänzt. Dabei variieren die bisher publizierten Programme in Aktualität und Spezifikationsgrad erheblich. Eine Evaluation der Wirksamkeit der ersten, vor mehr als 10 Jahren beschlossenen Regionalprogramme

steht bisher noch aus und würde sich aufgrund des qualitativen Charakters und der Vielschichtigkeit der meisten Ziele auch schwierig gestalten.

Insgesamt stellt sich die Frage, ob die in Aussicht gestellte ausgeweitete Verlagerung von Verantwortungen auf die regionale Ebene durch eine gleichzeitige Bereitstellung adäquater finanzieller und fachlicher Unterstützung begleitet wird. Diese wird nämlich notwendig sein, um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können.

Demographischer Wandel und die Reaktion der Regionalpolitik

Aktuelle Bevölkerungsprognosen (Ainz et al., 2013; Statistik Austria, 2014a) bestätigen die Wachstumstrends bis 2030 für den Flach- und Tennengau (jeweils +9% Bevölkerungszunahme, alle Zahlen auf 2009 bezogen). Aber auch der Pongau wird weiterhin wachsen (+4%), während der Pinzgau stagniert und der Lungau schrumpft (-4%). Aufgrund der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft wird der Anteil der Erwerbsbevölkerung in allen Teilregionen außer der Stadt Salzburg zurückgehen. Starke Rückgänge im erwerbsfähigen Alter wird wiederum vor allem der Lungau (-15%), aber auch der Pinzgau (-11%) erfahren. In den übrigen Teilregionen beträgt der Rückgang der Erwerbsbevölkerung gegenüber 2009 in etwa 2%. Zusammenfassend zählen neben dem Salzburger Zentralraum vor allem auch der Salzach- und der Ennspongau demographisch gesehen zu den Wachstumsregionen des Bundeslands. In allen Teilregionen ging dabei seit 1971 die Geburtenbilanzrate zurück. Der prognostizierte Bevölkerungszuwachs speist sich künftig also vor allem aus Binnen- und Außenwanderungsüberschüssen. Abbildung 3 zeigt die quantitative Bevölkerungsveränderungen bis 2030 differenziert nach Gemeinden.

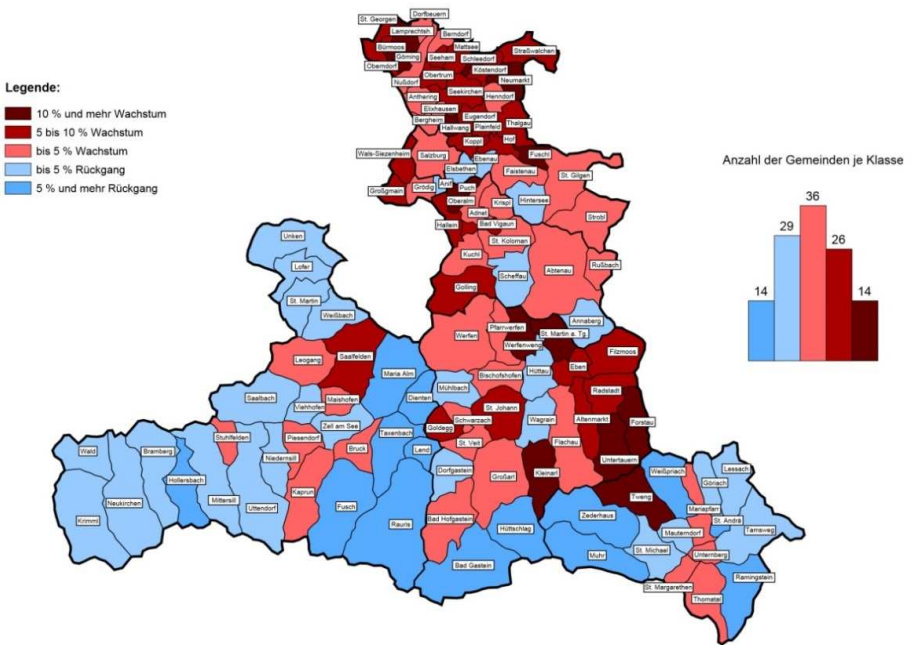


Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung 2009 bis 2030 (Land Salzburg, 2013a)

Die durch eine schrumpfende Bevölkerung und Wirtschaftskraft entstehenden Herausforderungen sind jedenfalls vielfältig und können nicht auf eine rein ökonomische Dimension reduziert werden. Die Raumplanung wird bei der Bewältigung dieser Herausforderungen eine zentrale Rolle spielen. Die Landtagswahl 2013 zog politische Veränderungen nach sich, die sich in einer veränderten Agenda des Raumplanungsressorts der Landesregierung niederschlugen. LH-Stv. Astrid Rössler sprach Anfang Oktober in einer ihrer ersten Presseaussendungen zentrale Eckpunkte dieser neuen Agenda an (Land Salzburg, 2013d). Vor allem soll einer weiteren Zersiedelung, die hohe Aufschließungs- und in der Folge auch Mobilitätskosten verursacht, Einhalt geboten werden. Eine sparsame Ausweisung von neuem Bauland auf Basis einer weitgehend einheitlichen Baulandbedarfsermittlung und bauliche Nachverdichtung sollen als Maßnahmen zu diesem

Ziel beitragen. Perspektivisch sollen die Gemeinden möglichst zentrale Wohn- und Versorgungsstandorte für die Bevölkerung entwickeln, die mit einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsangebot untereinander verbunden sind. Dies entspricht weitgehend einer Raumplanung nach dem Prinzip einer polyzentrischen Raumstruktur bzw. nach dem Leitbild der „dezentralen Konzentration“. Hier spiegelt sich – in scheinbarem Gegensatz zum oben diskutierten Wirtschaftsleitbild – ein grundsätzlicher Ausgleichsgedanke wider. Eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung soll dabei durch eine Reihe von Zentren unterschiedlicher Hierarchiestufen sichergestellt werden. Dazu sieht die für 2014 anstehende Gesamtüberarbeitung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) eine Anpassung der zentralörtlichen Einstufung der Salzburger Gemeinden vor. In Hinblick auf die zukünftige Entwicklung von Gewerbegebieten im ländlichen Raum strebt man – wie auch schon im LEP 2003 – weiterhin eine Kooperation zwischen Gemeinden bei der Ausweisung neuer Flächen an (Land Salzburg, 2013b). Zusammenfassend entsprechen die strategischen Zielsetzungen der Raumplanungsabteilung weitgehend langjährigen Expertinnenmeinungen, wie eine nachhaltig orientierte Raumplanung angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auszusehen habe. 56 Stellungnahmen unterschiedlicher Organisationen und Privatpersonen zum Vorhabensbericht zur Gesamtüberarbeitung des LEP spiegeln auch eine relativ positive Haltung verschiedener Interessensgruppen gegenüber den Grundzügen des Vorhabens wider (Land Salzburg, 2013c). Allerdings liegen die Schwierigkeiten in den Details der praktischen Umsetzung der strategischen Vorgaben. Beispielhaft seien hier nur Unklarheiten bei der Verteilung der Kommunalsteuer an unterschiedliche Gemeinden im Falle von gemeinsamen Gewerbegebieten genannt.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Zusammenfassend können die drei von Lukas Lengauer postulierten Trends weitgehend bestätigt werden. Es ist festzustellen, dass sich die regionalen ökonomischen Disparitäten im Bundesland Salzburg seit der Jahrtausendwende weiter vertieft haben. Dies ist jedoch nicht auf ein anhaltendes Auseinanderdriften der Wirtschaftsleistung pro Einwohner zu-

rückzuführen, sondern ein Ergebnis der unterschiedlichen demographischen Entwicklung der Teilregionen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind vor allem Wanderungsbewegungen. Dabei ist anzumerken, dass eine einfache Dichotomie zwischen Salzburger Zentralraum und ländlichem Raum zu kurz greift. Aktuelle Bevölkerungsprognosen und Wirtschaftsdaten deuten auf eine räumlich differenziertere Entwicklung für die nahe Zukunft hin: Einerseits finden sich auch im Innergebirg kleinräumige Wachstumspole – allen voran die durch die Autobahn gut erreichbaren Gemeinden im Pongau. Andererseits hat vor allem der Tennengau mit den Folgen von Betriebsschließungen zu kämpfen.

Die Regionalpolitik ist sich diesen Entwicklungen weitgehend bewusst. Sie reagiert darauf einerseits mit einer Abkehr von einer ausgleichsorientierten Wirtschaftspolitik. Man versucht also nicht mehr, hartnäckige räumliche Disparitäten mit immer mehr finanziellen Mitteln zu bekämpfen, sondern setzt perspektivisch auf die Stärkung regionaler Besonderheiten und Potenziale. Diese Neuausrichtung erscheint angesichts der Wirkmächtigkeit der identifizierten Makrotrends als durchaus vernünftig. Andererseits zielt die Raumplanung darauf ab, auch in den peripheren Regionen des Bundeslandes an strategischen Orten langfristig tragfähige Strukturen zur Versorgung der Bedürfnisse der Bevölkerung zu etablieren. Auch diese Ausrichtung ist grundsätzlich zu begrüßen. In beiden Fällen bleibt aber abzuwarten, inwieweit konkrete Maßnahmen zur Erfüllung der strategischen Zielsetzungen implementiert werden können.

4. Klimawandel in Salzburg

(Autor: Erich Mild) Der empirische Nachweis der globalen Klimaerwärmung wird von Jahr zu Jahr durch eine Fülle von naturwissenschaftlichen Daten besser abgesichert. Das trifft auch auf die Aussage zu, dass diese Entwicklung durch Treibhausgase erfolgt, welche durch menschliche Aktivitäten freigesetzt werden. Durch die Lage in den Ostalpen ist Salzburg von dieser Tendenz überdurchschnittlich betroffen, da im Alpenraum die Temperaturen 1,5 bis 2 Mal so schnell ansteigen wie im weltweiten Durchschnitt (seit dem Ende des 19. Jahrhunderts 1,8 Grad, weltweit 0,8 Grad).

Regionale Klimamodelle aus den Jahren 2007 (Wegener Center Graz) und 2008 (TU Wien) - jüngere liegen derzeit keine vor - kommen zu ähnlichen Schlussfolgerungen, was den Temperaturanstieg und die Veränderung der Niederschlagsmengen betrifft. Kurz zusammengefasst: Es ist mit einem weiteren Anstieg der Temperaturen zu rechnen, wobei durch die Trägheit des Klimasystems der größere Anteil erst in den Jahrzehnten nach 2030 zu erwarten ist. Bei den Niederschlägen gibt es relevante saisonale Unterschiede: Im Winter ist mit einer Zunahme von Niederschlägen bei gleichzeitigen längeren Trockenperioden zu rechnen, was auf eine Zunahme von Starkregenereignissen hindeutet. Im Sommer und noch stärker im Herbst wird es zu einer Abnahme der mittleren Niederschlagsmengen und zu einer Verlängerung der Trockenperioden kommen.

Die Salzburger Natur wird sich längerfristig wie folgt verändern: Rückgang der Gletscher, Auftauen des Permafrosts, Verringerung der Schneedecke (vor allem in den Randmonaten des Winters), Zunahme von Wetter-Extremereignissen, verstärkte Stressphänomene der Vegetation, vermehrtes Auftreten von Neophyten, Veränderung der Zusammensetzung der Wälder und der Gewässer, Zunahme des Artensterbens.

Das hat Folgen für Salzburgs Bevölkerung, Wirtschaft und Politik: Gesundheitliche Belastungen für Kinder, ältere sowie gesundheitlich geschwächte Personen werden zunehmen. Bewohner von Gebieten in expo-

nierten Lagen an Gewässern oder in Gebirgstälern werden verstärkt mit Hochwässern, Murenabgängen und Steinschlägen konfrontiert sein, was auch finanzielle Belastungen erzeugen wird. In der Wirtschaft ist besonders der von Schnee stark abhängige Tourismus gefordert, die Herausforderungen zu bewältigen. Die technische Anpassung für den Winter ist durch ein flächendeckendes System von Schneekanonen und Speicherteichen bereits weit gediehen. Die Ausdehnung der tendenziell an Attraktivität gewinnenden Sommerangebote ist ebenfalls im Gang. Die Landwirtschaft wird durch Extremwetterereignisse (Starkregen, Hagel, Trockenperioden) belastet. Die Energiewirtschaft muss sich auf die Veränderung der Verfügbarkeit des Wassers besonders bei Laufkraftwerken einstellen. In der Landespolitik ist eine Belastung der öffentlichen Haushalte durch das Ansteigen der Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden zu erwarten, eventuell könnten auch zusätzliche Kosten im Gesundheitswesen entstehen. Von Folgen der Klimaerwärmung betroffene Wirtschaftsbranchen werden verstärkt nach Förderungen und Unterstützungen rufen.

Was kann nun dieser knappen Zusammenfassung des Artikels aus dem Jahr 2012 hinzugefügt werden?

Naturwissenschaftliche Grundlagen

International ist inzwischen die Veröffentlichung des aus drei Teilen bestehenden 5. Sachstandsberichts des IPCC erfolgt. Im naturwissenschaftlichen Grundlagenteil wurden aufgrund verbesserter Modelle und eines tieferen Verständnisses der Prozesse umfangreichere Nachweise für den menschlichen Einfluss auf die Klimaerwärmung gefunden. Um das für sehr wichtig erachtete Ziel der Begrenzung der durchschnittlichen weltweiten Erwärmung auf maximal 2 Grad zu erreichen, sind drastische Emissionsreduktionen notwendig, welche nur vom ambitioniertesten der erarbeiteten Szenarien erreicht werden. Eine Fortsetzung der derzeitigen Emissionstrends – oder auch eine nur leichte Reduktion – würde zu Konzentrationen von Treibhausgasen in der Atmosphäre führen, wie sie in den letzten 800.000 Jahren nicht erreicht wurden. Das wäre mit massiven und vielfäl-

tigen Änderungen des Klimasystems und damit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur verbunden.²⁵

Für das Bundesland Salzburg können aus naturwissenschaftlicher Sicht keine neuen Daten präsentiert werden, da keine aktuellen Studien vorliegen. Aktuelle Medienberichte, welche den starken Anstieg registrierter Naturkatastrophen seit Anfang der 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts direkt mit dem Klimawandel verbinden, halten einer Überprüfung nicht stand.²⁶ Es gibt zwar in den letzten Jahrzehnten eine Zunahme an erfassten Ereignissen (Steinschlägen, Muren etc.), aber diese Zunahme als Folge des Klimawandels zu erklären ist nicht zulässig. Erstens sind heute durch die zunehmende Siedlungs- und Bautätigkeit viel mehr Menschen als früher von Naturereignissen betroffen – heute gibt es Schäden, früher fiel das nicht auf. Zweitens werden heute alle Ereignisse systematisch erfasst, früher war das nicht der Fall.²⁷ Durch die zu erwartenden Temperatursteigerungen ist in den nächsten Jahrzehnten eine Zunahme an Naturkatastrophen im alpinen Gelände zu erwarten, das Ausmaß ist jedoch nicht seriös vorhersehbar und vor allem nicht aus der Zunahme der erfassten Ereignisse der Vergangenheit ableitbar.

Für die Steiermark wurden regionale Klimaszenarien bis 2050 erarbeitet.²⁸ Dabei wurden im ersten Teil des Projekts Tagesdaten bezüglich Temperatur und Niederschlag von verschiedenen Klimasimulationen gesammelt, auf ein 1-km-Gitter verfeinert und bereinigt. Im zweiten Teil wurden anwendungsorientierte Kenngrößen wie Schneesicherheit, die Änderung von Starkniederschlägen oder Trockenheit in Bezug auf die steirischen Bezirke analysiert. Die Ergebnisse zeigen eine zu erwartende Erwärmung von 0,3°C pro Jahrzehnt, insbesondere im Winter. Bei den Niederschlägen wird eine

²⁵ Siehe Hauptaussagen Teilbericht 1 (Wissenschaftliche Grundlagen) des 5. Sachstandsberichts des IPCC: http://www.de-ipcc.de/_media/IPCC-WGI-Headlines-deutsch.pdf, Informationen zu allen drei Teilberichten siehe <http://www.de-ipcc.de/de/200.php>.

²⁶ Siehe z. B. die Headline im Salzburger Fenster, 23. Juli 2014: „Mit dem Klimawandel steigt die Stein-schlag- und Felssturzgefahr – Seit 1990 deutlich mehr Felsstürze – Vorsicht bei Bergwanderungen“.

²⁷ Telefongespräch mit dem Landesgeologen Dr. Rainer Braunstingl am 23.7.2014.

²⁸ Siehe Gobiet, Andreas u. a.: Klimaszenarien für die Steiermark 2050. Eine Studie des Wegener Zentrums für Klima und globalen Wandel im Auftrag des Landes Steiermark. Graz 2012.

Zunahme von Herbst bis Frühjahr erwartet, im Sommer und vor allem im Süden eine Abnahme der Niederschläge. Zusätzlich gibt es Anzeichen der Zunahme von Starkniederschlägen.²⁹

Klimawandel und Wintertourismus

Für die im Wintertourismus tätigen Branchen war der schneearme Winter 2013/14 eine starke Belastung. Durch die im Dezember aufgrund kalter Temperaturen mögliche Grundbeschneigung der Skipisten konnte eine danach folgende mehrmonatige extrem schneearme Periode weitgehend überbrückt und der Rückgang der Nächtigungen im Zeitraum November-April im Vergleich zum Vorjahr mit 2,5% in Grenzen gehalten werden.³⁰ Die Notwendigkeit eines Nachdenkprozesses für langfristige Strategien wird zumindest in Teilen der Branche bereits erkannt. So hat der Goldegger Hotelier Sepp Schellhorn zusammen mit dem ehemaligen ORF-Journalisten Michael Kerbler eine Denkwerkstatt „Kritischer Tourismus 2030“ gegründet und wird neben anderen Bereichen auch den Klimawandel zum Thema machen.³¹ Beim 12. Salzburger Tourismusforum³² zog Therese Lehmann-Friedli von der Universität Bern in ihrem Referat zum Thema „Klimawandel/alpiner Tourismus“ folgende Schlüsse für die Zukunft: Der erhöhte technische Aufwand wird die betroffenen Akteure unter erhöhten ökonomischen Druck setzen, die Rentabilität wird abnehmen und es wird zu einer Ausdehnung der Sommersaison kommen. Die Anpassung an die zu erwartende Erwärmung sollte umfassend, frühzeitig, koordiniert und nachhaltig sein.³³

Für Österreich gibt es von Robert Steiger und Bruno Abegg eine Studie über die Sensibilität österreichischer Skigebiete in Bezug auf den Klima-

²⁹ Ebda, S. 6.

³⁰ Siehe Salzburger Landeskorespondenz, 23. Mai 2014.

³¹ Siehe Salzburger Nachrichten, 11.1.2014, S. 19.

³² Am 28.3.2014 auf der FH Puch-Urstein.

³³ Die Wissenschaftlerin verfasste eine Dissertation zum Thema: Ökonomische Relevanz von Klimaanpassungen im Tourismus. Qualitative und quantitative Kosten-Nutzen-Bewertungen von Anpassungsmaßnahmen im Schweizer Alpenraum. In: Berner Studien zu Freizeit und Tourismus 58, Forschungsstelle Tourismus CRED Universität Bern.

wandel.³⁴ Dort werden 228 Skigebiete in Bezug auf die Indikatoren „100 Tage Schneesicherheit im Winter“, „Schnee zu Weihnachten“ und „Schnee bei Saisonöffnung“ untersucht. Bei einer Erwärmung um 2°C gegenüber der Referenzperiode 1961-1990 müssten mehr als die Hälfte der 228 Skigebiete gegenüber den aktuellen Aufwendungen mehr als das Doppelte in die Kunstschneeproduktion investieren. Die Mehrzahl der betroffenen Skigebiete liegt allerdings in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark.

Andere Alpenregionen, wie z. B. Graubünden, Bayern und Tirol haben bereits aktuelle Regional-Studien zu diesem Thema erstellen lassen.³⁵ Die zentralen Erkenntnisse der Studie zur Situation in Tirol: Bis 2030 können alle Tiroler Skigebiete mit Hilfe von Kunstschnee schneesicher gehalten werden, allerdings müssten die Skigebiete im Durchschnitt um rund 25% mehr Schnee produzieren als heute (in Einzelfällen bis 82% mehr). Beim Weihnachtsgeschäft könnten schon in den 2020er-Jahren rund 20% der Skigebiete Probleme haben, einen durchgehenden Betrieb zu garantieren – trotz Beschneigung. In den Folgejahrzehnten steigen die Anforderungen stark, bis in die 2050er-Jahre um fast das Doppelte (wobei starke regionale Unterschiede zwischen 50 – 150% reichen). Damit verbunden sind starke Steigerungen der Kosten und der Energieverbräuche. Der Autor rät vor allem den vorrangig betroffenen Gebieten, die Abhängigkeit vom Wintertourismus kontinuierlich zu reduzieren und den Klimawandel bei Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen. Die klimatische Situation bis 2020/2030 erscheint soweit beherrschbar und die Zeit noch ausreichend, um die nötigen Umstrukturierungen gezielt und fundiert vorzubereiten.³⁶

Politische Ebene in Salzburg

³⁴ Steiger, Robert/Abegg, Bruno: The Sensitivity of Austrian Ski Areas to Climate Change. Tourism Planning & Development 2013. Link: <http://dx.doi.org/10.1080/21568316.2013.804431>.

³⁵ Siehe Abegg, Bruno/Steiger, Robert & R. Walser 2013: Herausforderung Klimawandel – Chancen und Risiken für den Tourismus in Graubünden. Chur 2013. / Steiger, Robert: Auswirkungen des Klimawandels auf Skigebiete im bayerischen Alpenraum. Studie im Auftrag des Deutschen Alpenvereins. Innsbruck, März 2013 / Steiger, Robert: Klimawandelfolgen für den Skitourismus in Tirol. Innsbruck 2013.

³⁶ Eine Zusammenfassung der Dissertation von Robert Steiger „Klimawandelfolgen für den Skitourismus in Tirol“ siehe: http://www.uibk.ac.at/geographie/personal/steiger/steiger_zusammenfassung_deutsch.pdf.

Auf der politischen Ebene bestätigen die internationalen Ergebnisse die Richtigkeit der gesteckten energie- und klimapolitischen Ziele, welche in der Strategie „Salzburg 2050“ zusammengefasst sind. Seit den vorgezogenen Neuwahlen im Mai 2013 und der Konstituierung der neuen Landesregierung im Juni 2013 gibt es vonseiten der neuen Landesregierung das ausdrückliche Bekenntnis zu diesen Zielen. Neu ist dabei, dass im Arbeitsübereinkommen der drei Parteien, welche die Regierung bilden, „...Klimaschutz und Energiewende zum ressortübergreifenden Regierungsprinzip“ erklärt werden.³⁷ Diese ressortübergreifende Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele des Landes ist eine Grundvoraussetzung für die Einhaltung des Zielpfads zunächst bis 2020 und in den Folgejahrzehnten. Das Gelingen dieses Vorhabens muss in der Praxis erst bewiesen werden. In der neuen politischen Konstellation mit der Regierungsbeteiligung der Grünen wird das vor allem von ihnen erwartet, wobei sie bei der Umsetzung auf die aktive Mitwirkung der dafür wichtigen ÖVP-Ressorts Wirtschaft und Tourismus sowie Finanzen angewiesen sind.³⁸ Die Leitstrategie „Salzburg 2050“ umfasst auch eine Handlungsstrategie „Klimawandelanpassung Salzburg“, welches bis Ende 2014 präsentiert werden soll.³⁹

Aktives Bürgerengagement ist in Salzburg durch widersprüchliche Signale repräsentiert. Schlaglichtartig seien hier folgende Phänomene kurz angeführt: Die Bereitschaft zum Engagement für Klimaschutz und Energiewende zeigt sich bei vielen lokalen und regionalen Basisprojekten, z. B. in der Smart-Grids-Modellgemeinde Köstendorf oder an der breiten Beteiligung am Bürgerbeteiligungsmodell „Salzburger Sonnengemeinschaft“ der Salzburg AG.⁴⁰ Auf der anderen Seite treffen fast alle Ausbauprojekte für erneuerbare Energie auf Widerstand. Z.B. bläst allen Windkraftprojekten in

³⁷ Siehe Arbeitsübereinkommen: <http://www.salzburg.gv.at/arbeitsuebereinkommen2013.pdf>, S. 15.

³⁸ Siehe z. B. den Kommentar von Sylvia Wörgetter „Grün war die Hoffnung, steinig ist die Ebene“, Salzburger Nachrichten Lokalteil, 26.4.2014, S. 2.

³⁹ Siehe Salzburger Landeskorespondenz vom 14. Juli 2014. Link:

http://service.salzburg.gv.at/ikorri/index?cmd=detail_ind&nachrid=53159.

⁴⁰ Die Anteile an 1.454 Photovoltaik-Modulen waren nach einer Stunde ausverkauft, siehe Salzburger Fenster, 2.4.2014, S. 6.

Salzburg von mehreren Seiten scharfer Wind entgegen. Kein Projekt ohne eine Bürgerinitiative, welche es verhindern möchte, kein Projekt ohne bis dato unüberwindbare Hürden bezüglich Artenschutz oder andere Auflagen, die eine Umsetzung unmöglich machen. Um dem Projekt der Energiewende größere Erfolgchancen zu ermöglichen, wäre eine breitere Einbeziehung der Gemeinden und Bürger auf lokaler Ebene notwendig.

Zusammenfassung

Seit Erscheinen des Sammelbandes „Salzburg morgen“ im Jahr 2013 haben sich die naturwissenschaftlichen Grundlagen für das Kapitel „Klimawandel“ nicht geändert, die getroffenen Aussagen besitzen weiterhin Gültigkeit. Das liegt in der Natur der Sache, da Aussagen über Klimaveränderungen immer Trends umfassen, welche auf Jahrzehnte bezogen sind und Einzelereignisse nicht überbewertet werden dürfen. Die Chancen auf eine angemessene politische Bearbeitung der damit verbundenen Herausforderungen auf Landesebene haben sich einerseits durch den Einzug der Grünen in die Regierung verbessert, sind jedoch andererseits durch enge finanzielle Spielräume, auch durch die Folgen des Finanzskandals, eingengt. Um die notwendigen politischen Maßnahmen leichter umsetzbar zu machen, wäre eine breitere Beteiligung der Bevölkerung am Projekt der „Energiewende“ sehr hilfreich.

5. Gesundheit bis zum Jahr 2030

(Autorin: Silvia Traunwieser) Eine alternde Bevölkerung, die Zunahme chronischer bzw. psychischer Erkrankungen, Abhängigkeiten und Suchtverhalten bei Substanzen wie auch von Verhalten kombiniert mit Bewegungsmangel und Übergewicht kennzeichnen unsere Gesellschaft, die vor allem im Gesundheitsbereich Auswirkungen in den nächsten Jahren zeigen werden.

Folgende Thesen im Zusammenhang mit Gesundheit werden als relevant erachtet:

1. Weg vom krank sein – hin zum gesund bleiben (Prävention, Gesundheitsvorsorge)
2. Weg vom Patienten als Passivempfänger hin zum aktiv Eigenverantwortlichen als Förderer der Gesundheit (Eigenverantwortung)
3. Transparentes, einheitlich geregeltes Gesundheitswesen für gleiche Leistungen in allen Bundesländern (Vereinheitlichung, Vereinfachung, Transparenz)
4. Ausbau der geriatrischen Abteilungen, Palliativstationen und Hospize (alternde Gesellschaft)

These eins befasst sich mit der Gesundheitsförderung bzw. dem Ausbau von Präventions- und Vorsorgemöglichkeiten. Auf der Makro- wie auch Mesoebene (Staat, Krankenkassen, Spitäler) geht es um die Zuteilung von Ressourcen, die sich in diversen Finanzierungs- und Budgetstrategien widerspiegeln.⁴¹ Im Vordergrund stehen nach wie vor Ausgaben für kurative/rehabilitative Behandlungsmethoden, Pflegeleistungen und Medikamente, hingegen werden in Österreich lediglich 5% im Bereich Collective Service (Prevention and Public Health Services) eingesetzt.⁴² Im Zusammenhang mit der Verteilung finanzieller Mittel ist ergänzend anzumerken, dass auf gesellschaftspolitisch-rechtlicher Ebene im Zuge des Gesundheitsreformgesetzes BGBl I 81/2013 das Prinzip der Gesundheitsförderung und Prävention als zu verwirklichendes Ziel gem § 5 Gesundheits-Zielsteuerungsgesetz – G-ZG ausdrücklich verankert und ausformuliert wurde. Die zielgerichtete Gesundheitsförderung und Prävention wie auch die Stärkung von evidenzbasierter Früherkennung und Frühintervention ist anzustreben und wird finanziell durch – als Sondervermögen eingerichtete – Gesundheitsförderungsfonds unterstützt. Ein hohes Maß an Aufmerksamkeit wird dabei auf Information, Aufklärung und Beratung, gezielt auf

⁴¹ Statistik Austria, Gesundheitsausgaben 2013

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/gesundheit/gesundheitsausgaben/.

⁴² OECD, Health at a Glance 2013, OECD Indicators, www.oecd.org/els/health-systems/Health-at-a-Glance-2013.pdf, 158f.

Gruppen und daraus abgeleitete Maßnahmen, gerichtet (§ 154b Abs 1 ASVG).⁴³ Diese ersten Umsetzungsschritte entsprechen dem meinerseits angekündigten Trend der Forcierung des Präventionsgedankens. Die präventive Erhaltung von Gesundheit bedarf dabei konkreter, transparenter Handlungsprogramme bzw. Aktionspläne, zugeschnitten auf Zielgruppen (Migranten, Jugendliche, ältere Menschen u. v.a. m.) in spezifischen Bereichen (Ernährung, Bewegung, Gewalt, Sucht, psychische Gesundheit, Umwelteinflüsse, Stressprävention), die nicht nur organisiert, koordiniert, sondern auch evaluiert⁴⁴ werden müssen.⁴⁵

Festzustellen ist allerdings, dass Prävention nicht nur eine Aufgabe des Staates ist, der das medizinisch Notwendige an Versorgung zur Verfügung stellt und finanziert, sondern auch die Eigenverantwortung des Gesunden/Kranken fordert (These zwei). Dabei wird hinkünftig mehr Druck auf Einzelne nicht nur hinsichtlich des Lebensstils, sondern auch finanzieller Natur ausgeübt werden. Eine teilweise Verlagerung der Kosten bei der Inanspruchnahme präventiver, aber auch kurativ-individueller Eigenleistungen (wie prädiktive Gentests, Eizellhortung, Einlagerung von Geweben und Stammzellen in Bio- und Gewebebanken oder beispielsweise der individuellen Humangenomsequenzierung) ist bereits vorhanden und wird noch mehr forciert werden, sodass es zu einer Überwälzung von Kosten auf den Einzelnen kommt. Die Erweiterung medizinischer Behandlungsmethoden wie auch die Begrenztheit finanzieller Ressourcen resultiert in einer teilweisen Privatisierung staatlicher Versorgungsleistung.⁴⁶ Damit wird die Kluft zwischen all jenen, die sich diverse private Gesundheitsmaßnahmen (invasive vs. nicht-invasive Testverfahren, weniger aussagekräftigere vs. zuverlässigere Testmethoden, standardisierte vs individuell abgestimm-

⁴³ Hinsichtlich des Bedarfs neuer Finanzierungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Förderung von Prävention siehe Unterthurner, Gesundheitsprävention in Österreich: Beispiel Gesundheitsvorsorge, WISO 1/2009, 225.

⁴⁴ Krauth/John/Suhrcke, Gesundheitsökonomische Methoden in der Prävention, Prävention und Gesundheitsförderung 2/2011, 85ff; Faltermaier/Wihofszky, Gesundheitsförderung und Prävention im Kontext von Public Health, Die Gesellschaft und ihre Gesundheit, 2011, 266

⁴⁵ Bachner et al., Das österreichische Gesundheitswesen im internationalen Vergleich, 2012, bmg.gv.at/cms/home/attachments/4/8/3/.../gesundheitswesen_2012.pdf.

⁴⁶ Hensen/Hensen, Das Gesundheitswesen im Wandel sozialstaatlicher Wirklichkeiten, 2008, 13ff.

te Behandlungsmethoden u. v. a. m.) leisten bzw. nicht leisten können, größer. Die gesundheitliche Chancengerechtigkeit wird damit zugunsten der ökonomischen Entlastung der Gesundheitssysteme vermindert.

Gravierend verändern wird sich, bedingt durch die technischen Möglichkeiten, auch die Kommunikation zwischen Arzt und Patient. Der Arzt fungiert dabei nach wie vor als Lebensberater (These zwei), jedoch werden direkte Kontakte reduziert, da die relevanten Patientendaten beispielsweise über implantierte Mikrochips ablesbar werden, elektronische Pflaster zur medizinischen Überwachung und Behandlung eingesetzt werden können und der Arzt die relevanten Fakten digital abrufen wie auch eine Diagnose erstellen bzw. Medikamente verschreiben kann. Elektronische Sensoren wie auch andere technische Mittel werden die Aufgabengebiete des Arztes zusätzlich minimieren, als durch die Messung bestimmter Vitalwerte via Chip/Sensoren bei Überschreiten bestimmter Grenzen direkt Medikamente ausgegeben werden können (Parkinson).⁴⁷ Umso mehr werden in Zusammenhang mit neuen medizinisch-technischen Möglichkeiten der Schutz der Menschenwürde, der Privatsphäre, des Datenschutzes, aber auch des Lebensschutzes eine zentrale Rolle spielen, wo Manipulationen, Datenmissbrauch oder Gesundheitsgefährdungen auf der Tagesordnung stehen können.

Im Zusammenhang mit These vier (alternde Gesellschaft) ist auf einen weiteren Punkt näher einzugehen: Die verstärkte Wahrnehmung der Sterbehilfe in Österreich zeigt sich an der entfachten Diskussion zum ange-dachten Verbot von aktiv-direkter Sterbehilfe im Verfassungsrang. Auch wenn die Debatte zur Zeit wieder etwas abgeflacht ist, die Vorfragen an die Bioethikkommission bzw. eine eigene Enquete-Kommission „Würde am Ende des Lebens“ ausgelagert wurden, wird es zu einem Diskurs inner-

⁴⁷ Witt/Jochum/Poitz/Bär/Voss, Application of an Electronic Nose to Diagnose Liver Cirrhoses from the Skin Surface, in: Dössel/Schlegel (Hrsg.), IFMBE Proceedings, World Congress on Medical Physics and Biomedical Engineering, Vol. 25/7, 2009, 150ff; Adams et al, Wearable Electronic Systems: Applications to Medical Diagnostics/Monitoring, in: Bonfiglio/de Rossi (Hrsg.), Wearable Monitoring Systems, 2011, 179ff; Mendes et al, Electronics in Medicine, in: Krammer et al. (Hrsg.) Handbook of Medical Technology, 2011, 1337ff.

halb der Gesellschaft vor allem deshalb kommen, weil Österreich in dieser überaus sensiblen Angelegenheit (historisch bedingt durch die NS-Euthanasie, Tabuisierung dieser Thematik, Heilungsauftrag des Arztes, Schutz der Menschenwürde, Lebensschutz) eventuell einen anderen Weg im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsländern einschlagen wird. Denkbar ist dennoch, dass angesichts einer Enttabuisierung, der alternden Gesellschaft, der Selbstbestimmung des Patienten und der autonomen Gestaltung des Lebens(endes) in 10-15 Jahren der medizinisch assistierte Suizid wie auch eine Tötung schwer kranker Menschen unter Einhaltung der Menschenwürde rechtlich wie auch ethisch als zulässig erachtet werden.

6. Un/Gleich in Salzburg

(Autorin: Waltraud Winkler-Rieder) Die Diskussionen und Kommentare („IWF warnt vor Einkommensschere“⁴⁸) zum Thema Ungleichheit haben Saison.⁴⁹ Im Hintergrund: die Sorge bezüglich der aktuellen (Wirtschafts- und vor allem Geld-)Entwicklung und die neuen, auf verfeinerten Berechnungen beruhenden, Erkenntnisse, die klar zeigen, wie Menschen unterschiedlich am Wohlstand partizipieren. Notwendige Gesamtreformen verzögern sich trotzdem. Im Jahr 2012 lag der Gini Koeffizient Österreichs (0,76) in der Eurozone auf Platz 2 hinter Deutschland (0,78).

Vermögensverteilung in Österreich Darstellung von relativen Vermögensanteilen mittels der korrigierten HFCS-Daten ⁵⁰	
Das reichste 1 Prozent besitzt	37,0 Prozent des Vermögens
Die reichsten 2 bis 5 Prozent besitzen	20,8 Prozent des Vermögens
Die reichsten 6 bis 20 Prozent besitzen	23,5 Prozent des Vermögens
Die reichsten 21 bis 50 Prozent besitzen	16,5 Prozent des Vermögens
Die ärmsten 50 Prozent besitzen	2,2 Prozent des Vermögens

⁴⁸ Die Presse am 9.4.2014, 17

⁴⁹ Thomas Piketty, neuer „Starautor“ zum Thema Ungleichheit („Das Kapital im 21. Jahrhundert“) s. Interviews dazu http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/3833146/Thomas-Piketty_Das-Rockkonzert-des-Okonomen sowie <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/piketty-europa-vermoegen-ungleichheit>

⁵⁰ Quelle: Schütz

Die Vermögensverteilung in Österreich zeigt, dass die reichsten 10% der Haushalte 69% des Vermögens besitzen (korrigierte Daten der HFCS-Originaldaten). Die reichsten 5% besitzen demnach 57,8% (HFCS: 47,6%) und das reichste 1 Prozent der Haushalte 37% (HFCS: 22,9%) des Vermögens. Dem steht ein Anteil der ärmsten 50% der Haushalte von 2,2% (HFCS: 2,8%) gegenüber.

„Zunehmende Vermögenskonzentration kann die gesellschaftliche Stabilität aus sozialer wie ökonomischer Perspektive untergraben. In diesem Sinne ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit privaten Vermögen und deren Konzentration von hoher gesellschaftlicher und ökonomischer Bedeutung. Die korrigierten Erhebungsdaten liefern eine solide Ausgangsbasis für eine solche Analyse der Vermögenskonzentration“.⁵¹

Ungleich in Salzburg

Für das Bundesland Salzburg wurden im 2013 (JBZarbeitspapier 26) vorhandene Daten wie insbesondere Löhne/Gehälter, Wohnungs- und Lebenskosten für einen Vergleich herangezogen. Die neue Entwicklung dazu wird im Folgenden kurz analysiert. Alle Daten beziehen sich auf das Jahr 2012 (d. h. die zuletzt verfügbaren).

Lohn/Gehaltsunterschiede

Die Arbeitslosigkeit in Österreich steigt an; 2012 erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in Salzburg auf 4,7 %, allerdings ist auch die Zahl der Beschäftigten in Österreich und in Salzburg weiter gestiegen (Salzburg hat 2012 gesamt 242.905 (+1,8%) unselbstständig Beschäftigte), es wurden 4.300 weitere Arbeitsplätze geschaffen⁵². Das monatliche Bruttoeinkommen stieg 2012 um 3,6 % (real 1,2 %), Salzburg liegt damit im Bundesländervergleich aktuell an 6. Stelle. Das bedeutet, Salzburgs Beschäftigte haben 2012 den höchsten Einkommenszuwachs von allen Bundesländern. Die regionale Betrachtung zeigt, dass im Flachgau (brutto +4,0%) weiterhin am meisten

⁵¹ Zit. Schütz, B., Unterschätzung der Vermögensungleichheit durch Untererfassung der reichsten Haushalte, in: Arbeit und Wirtschaft, 5. August 2013

⁵² Vgl. WKS, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsbilanz 2012

Einkommen erzielbar ist, gefolgt von der Stadt Salzburg (brutto + 3,5 %). Eine äußerst positive Entwicklung nimmt der Lungau (brutto + 4,4 %), der nunmehr vor dem Pinzgau und Pongau liegt. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der dadurch verloren gegangenen (gut bezahlten) Industriearbeitsplätze, zeichnet sich im Tennengau ein deutlicher Einkommensverlust ab (nom.! – 1,3%).⁵³ Der Abstand bzw. die offene Schere zwischen Männern und Frauen ist kleiner geworden, liegt aber noch immer (!) bei rund einem Drittel. Es kann darin aber auch allgemein die höhere Teilzeitbeschäftigung gespiegelt werden, da die angegebenen Einkommen die tatsächlichen Arbeitszeiten nicht berücksichtigen.

Wohnen und Leben

Wohnen ist teuer geworden. Nach den statischen Auswertungen der Arbeiterkammer Salzburg sind die Preise zwischen 2007 und 2012 um 11,8 % gestiegen, die Einkommen hingegen um 9,8 %, daraus wird geschlossen dass sich Salzburger/innen real um 2,0 % weniger leisten können als vor fünf Jahren⁵⁴.

Trotz dieser Entwicklung zeigt eine aktuelle Umfrage⁵⁵ (bezogen auf die Stadt Salzburg), dass die Salzburger/innen mit ihrer Wohnsituation sehr zufrieden sind (Neun von zehn sind mit Wohnung und Wohnumgebung zufrieden). Aber auch 84% sagen jetzt, es sei "sehr schwer" eine leistbare Wohnung zu finden. 44% der Befragten sind durch die Wohnkosten sehr oder ziemlich belastet. Diese Herausforderung schmälert nicht nur direkt die Wohnungszufriedenheit, sondern beeinflusst auch andere Faktoren wie die Größe der Wohnfläche oder den baulichen Zustand.

⁵³ Vgl. AK Salzburg, Einkommen 2012 der Arbeiter und Angestellten in Salzburg, Analyse statistischer Daten aus der Sozialversicherung, Oktober 2013

⁵⁴ Fn 4

⁵⁵ SORA Wien i.A. der Stadt Salzburg

Wohnungskosten in Salzburg ⁵⁶	
Baugrund	376,25 (+2,6 %)
Einfamilienhaus	2824,31 (+4,7 %)
Mietwohnungen	8,24 (+2,6 %)
Eigentum gebraucht	2191,05 (+1,5 %)
Eigentum Erstbezug	3413,09 (+2,8 %)

Die Wohnungskosten in Salzburg steigen weiter: die Durchschnittspreise 2014 pro m² in Euro (Veränderung gegenüber 2013 in %) zeigt Tabelle 1. Allerdings liegen die Steigerungsraten ausgenommen im Bereich Einfamilienhäuser im Bundesländervergleich eher im unteren Bereich!

⁵⁶ WKO, Die Presse 2.6.2014, S. 13

7. Zunehmende kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft

(Autor: Jakob Reichenberger) Dieser Trend beschreibt eine zunehmende kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft. Globalisierungspänomene sind Ursache dafür: die Mobilität von Menschen nimmt weiter zu, Informationen sind noch schneller verfügbar, Ideen verbreiten sich über den gesamten Globus hinweg. Das hat Auswirkungen auf unsere Lebensweisen. Durch den Kontakt mit anderen Menschen und anderen Kulturen verändern sich Identitäten und Kulturen. Kulturen sind keine abgeschlossenen, statischen Gebilde, sondern sind, ebenso wie individuelle Identitäten, von Veränderungen geprägt. Kulturen beeinflussen sich gegenseitig, durchdringen einander und lassen Neues entstehen.

Indikatoren, die auf diesen Trend hinweisen, sind das Mobilitätsverhalten von Menschen im Allgemeinen und die Bereitschaft sich in Österreich/Salzburg niederzulassen im Besonderen. Festzustellen ist die Zunahme von :

- Menschen, die in Österreich/Salzburg leben und keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen;
- Menschen mit ausländischem Geburtsort;
- Menschen mit Migrationshintergrund.⁵⁷

⁵⁷ Auf die Diskussion über die Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ wurde bereits hingewiesen (Salzburg morgen, JBZ Arbeitspapier 26, 95 Anm. 216). Diese Kategorisierung fasst Menschen zu Gruppen zusammen, die oft nicht viel gemeinsam haben. Die Frage, ab welchem Zeitpunkt diese Zuschreibung seine Bedeutung verliert und man ausschließlich als Österreicherin oder Österreicher bezeichnet wird, wird stark diskutiert. Es wird befürchtet, dass durch die Bezeichnung „Mensch mit Migrationshintergrund“ eine Stigmatisierung von Menschen einhergeht. Vgl. dazu Abuzahra, A., *Kulturelle Identität in einer multikulturellen Gesellschaft*, Wien: Passagen, 2012, 43 ff.

Bevölkerung ohne österreichische Staatsbürgerschaft

Die gesamtösterreichische Bevölkerung ohne österreichische Staatsbürgerschaft⁵⁸ (nach Stichtag 1. Jänner) ist in den letzten Jahren leicht gestiegen.

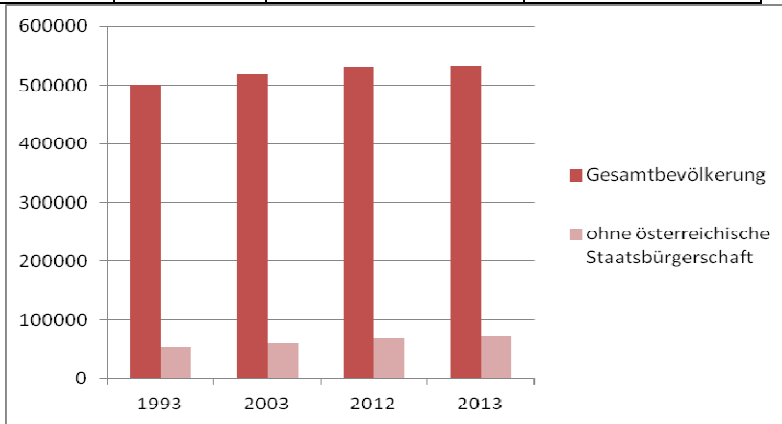
EinwohnerInnen nach Staatsbürgerschaft in Österreich		
Stichtag 1. Jänner	Einwohner ohne österr. Staatsbürgerschaft	Anteil von der Gesamtbevölkerung
2012	970.000	11,5%
2013	1.004.268	11,9%
2014	1.066.114	12,5%

Für *Salzburg* gibt es Zahlen im Jahresdurchschnitt. Auch hier ist eine Steigerung des Anteils der ausländischen Bevölkerung zu beobachten.⁵⁹

⁵⁸ Quelle: Statistik Austria, Migration und Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren, 2012-2014, Wien 2012-2014. Die Abweichungen der Zahlen bei der Gesamtbevölkerung hat zum einen mit unterschiedlichen Zählungen zu tun (Mikrozensus, Stichtag, Jahresdurchschnitt), zum anderen werden Indikatoren aus dem seit 2012 jährlich erscheinenden Bericht „Migration und Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren“ dargestellt. Nachträgliche Aktualisierungen der Zahlen können somit nicht berücksichtigt werden.

⁵⁹ Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes.

EinwohnerInnen nach Staatsbürgerschaft in Salzburg			
Jahr	gesamt	Ohne österr. Staatsbürgerschaft	in Prozent
1993	501.215	54.463	10,87
2003	517.908	61.294	11,83
2012	530.527	68.904	12,99
2013	532.902	71.853	13,48



Zahl der in Salzburg lebenden Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft.

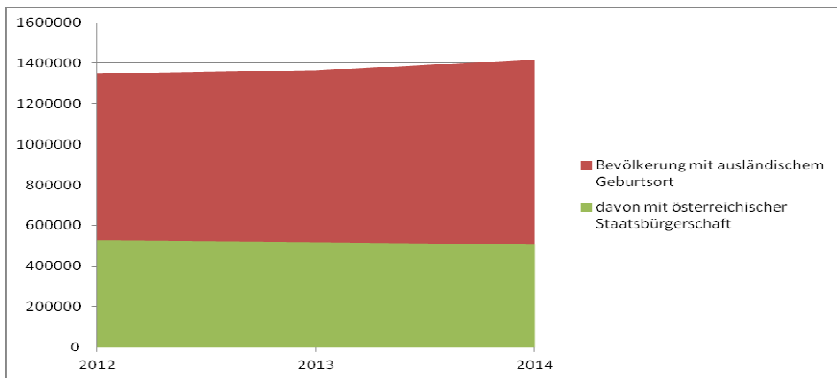
Bevölkerung mit Geburtsort außerhalb Österreichs⁶⁰

Der Indikator umfasst in Österreich lebende Menschen mit ausländischem Geburtsort, d. h. Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft oder Menschen, die im Ausland geboren wurden, mittlerweile aber die öster-

⁶⁰ Quelle: Statistik Austria, Migration und Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren, 2012-2014, Wien 2012-2014.

reichische Staatsbürgerschaft besitzen:

EinwohnerInnen nach Geburtsort in Österreich			
Stichtag 1. Jänner	Menschen mit ausländischem Geburtsort	Anteil an der Gesamtbevölkerung	davon österreichische Staatsbürger
2012	1.349.000	16%	39%
2013	1.365.000	16,1%	38%
2014	1.415.000	16,6%	36%



Bevölkerung mit Geburtsort außerhalb Österreichs

Dieser Indikator lässt erkennen, dass der Anteil der Menschen mit ausländischem Geburtsort im Bezug zur Gesamtbevölkerung in den letzten drei Jahren leicht gestiegen ist. Der Anteil jener Menschen, die im Ausland geboren wurden, mittlerweile aber die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, nimmt in den letzten Jahren jedoch beständig ab.

Für Salzburg änderte sich in den letzten Jahren vor allem die prozentuelle Zusammensetzung der Herkunft der ausländischen Bevölkerung.⁶¹

Herkunft der ausländischen Bevölkerung im Bundesland Salzburg			
	2012	2013	2014
EU-Staaten vor 2004 (14)	30,2%	29,9%	30,5%
EU-Staaten ab 2004 (12)	10,9%	12%	17%
EWR/Schweiz	1%	1%	1%
Ehem. Jugoslawien	35,1%	34,5%	28,3%
Türkei	9,6%	9,5%	8,3%
Sonst. Staaten	13,2%	13,2%	14,8%

So stieg der Anteil der in Salzburg lebenden Menschen aus den „neuen“ EU Staaten (EU Beitritt ab 2004) von 2013 auf 2014 um 5%.

Migrationshintergrund

Der Indikator „Migrationshintergrund“ gibt Auskunft darüber, ob jemand selber (Migrationshintergrund 1. Generation) oder ihre/seine Eltern (Migrationshintergrund 2. Generation) im Ausland geboren wurden.⁶²

⁶¹ Quelle: Statistik Austria, Migration und Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren, 2012-2014, Wien 2012-2014.

⁶² Quelle: Statistik Austria, Migration und Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren, 2012-2014, Wien 2012-2014.

Migrationshintergrund			
	2011	2012	2013
Österreich			
Bevölkerung gesamt (Mikrozensus)	8.315.881	8.351.722	8.374.826
Mit Migrationshintergrund	18,9%	18,9%	19,4%
1. Generation	13,9%	14%	14,3
2. Generation	5%	4,9%	5,1%
Salzburg	2011	2012	2013
Bevölkerung gesamt (Mikrozensus)	524.683	526.693	525.661
Mit Migrationshintergrund	18,3%	18,7%	19,3%
1. Generation	13,2%	13,6%	14,4%
2. Generation	5,1%	5,1%	4,9%

Alle Indikatoren weisen darauf hin, dass die Gesellschaft in Österreich pluraler wird. Der prognostizierte Trend einer zunehmenden kulturellen Vielfalt wird auch weiterhin bestätigt. Für Salzburg ergibt sich daraus Handlungsbedarf in den Bereichen Integration und (interkultureller) Gemeinwesenarbeit, in der Förderung von Initiativen im interkulturellen/migrantischen Bereich sowie in der der Schaffung von niederschweligen Begegnungsräumen für Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Background.

8. Die Alterung der Gesellschaft wird zu Verteilungskämpfen führen

(Autor: Stefan Wally) Wir sind davon ausgegangen, dass es durch die demografischen Veränderungen zu einer höheren Belastung der öffentlichen Haushalte in Europa kommen wird. Österreich, und damit Salzburg, werde davon leicht überdurchschnittlich betroffen sein, argumentieren wir auf der Grundlage des „Ageing Reports 2012“ der Europäischen Union. Bis 2030 werde in Österreich ein Bedarf von 3,5 bis 4,1 Prozent des BIP zusätzlich nötig sein, um diese Aufgaben zu bedienen.

Kernbereiche, bei denen die steigenden Durchschnittsalter sich auswirken dürften, sind die Pensionen, die Gesundheitsausgaben sowie die Pflegekosten. Dafür könnten Bildungsausgaben und Kosten für Arbeitslose sinken, so der Ageing Report.

Das Land Salzburg als Gebietskörperschaft verfügt vor allem mit der Trägerschaft der Landeskrankenanstalten über einen sehr sensiblen Bereich, der auf diese Veränderung sehr schnell mit steigenden Kosten reagieren wird, die über die Abgangsdeckungen vom Land Salzburg zu tragen sind. Kosten bei Pensionen sind unterdurchschnittlich relevant, in der Pflege durchschnittlich.

2013 führten wir eine Abschätzung durch, welchen Umfang diese zusätzlichen Kosten bis 2030 haben dürften. Für eine erste Abschätzung scheint es damit nach zwei Kalkulationen sinnvoll, von rund 100 Millionen Euro an zusätzlichen Kosten auszugehen. Das ist bei einem Jahresbudget von gut 2000 Millionen bedeutsam.

Es gibt kein neues Update des „EU Ageing Reports“, die Forschungsergebnisse sind immer noch autoritativ in dem Forschungsfeld. Vorgelegt wurde allerdings der Bericht der Vereinten Nationen „World Population Ageing 2013“. Darin heißt es in Übereinstimmung mit anderen diskutierten Daten: „The global share of older persons (aged 60 or over) increased from 9,2

percent in 1990 to 11,7 percent in 2013 and will continue to grow as a proportion of the world population, reaching 21,1 percent by 2050. Globally the number of older persons is expected to more than double from 841 million people in 2013 to more than 2 billion in 2050.” Und über die Auswirkungen heißt es: “The report also noted some of the major social and economic consequences of ageing. The old-age support ratios (...) are already low in the more developed regions and in some developing countries and are expected to continue to fall in the coming decades with ensuing fiscal pressures on support systems for older persons.”⁶³

Es liegen weiters neuere Zahlen der Bevölkerungsprognose für Österreich und für Salzburg vor.

Prognose des Bevölkerungsstand			
	Österreich		
	2010	2030	Prozentuelle Veränderung der Anzahl der Personen
0 – 14 Jahre alt	14,8%	14,3%	
15 – 64 Jahre alt	67,5%	61,7%	
65 Jahre und älter	17,7%	24,0%	+ 46 Prozent
80 Jahre und älter	4,8%	7,1%	+ 58 Prozent
	Salzburg		
	2010	2030	
0 – 14 Jahre alt	15,6%	13,8%	
15 – 64 Jahre alt	67,9%	61,9%	
65 Jahre und älter	16,5%	24,2%	+ 54 Prozent
80 Jahre und älter	4,3%	7,3%	+ 79 Prozent

Quelle: Statistik Austria, Hauptszenario, Daten aktualisiert am 18.3.2014

Anhand der Daten lässt sich deutlich erkennen, dass Salzburg - als im Durchschnitt jüngere Population - eine geringfügig stärkere Dynamik in der

⁶³ United Nations (2013): World Population Ageing. Economic & Social Affairs 2013, S. 75

Erhöhung des Durchschnittsalters zu erwarten hat als Österreich insgesamt.

Bei den Effekten auf die öffentlichen Finanzen im Land Salzburg stehen zuerst die Kosten für das Gesundheitswesen im Mittelpunkt. Die höhere Lebenserwartung geht nicht automatisch mit späterem Eintritt aller Krankheiten einher, sodass die medizinischen Betreuungsfälle zunehmen werden. Dies spiegelt sich im Finanzierungsaufwand für das österreichische Gesundheitswesen wieder und ist nicht der alleinige, aber ein wichtiger Faktor für die steigenden Ausgaben. Das Land Salzburg ist einer der Beteiligten an der Finanzierung des Gesundheitswesens, insbesondere des Spitalswesens. Hier kommt dem Land als Eigentümer eine besondere Rolle zu. Abgänge der landeseigenen Spitäler sind vom Land zu schultern. Die Ausgaben für die landeseigenen Salzburger Landeskliniken SALK betragen im Jahr 2000 15,9 Millionen Euro, 2014 sind 95,8 Millionen als Abgang eingeplant. Dazu kommt der Rekordwert von 26,5 Millionen für Krankenanstalten anderer Rechtsträger, denen man bei Abgängen hilft.⁶⁴ Dies führte zuletzt zu Diskussionen betreffend der Krankenhäuser Tamsweg und Oberndorf. Tamsweg werde in Zukunft eng mit der SALK kooperieren,⁶⁵ den Abgang von Oberndorf wolle das Land „nicht mehr hinnehmen“. Umgruppierungen in der Spitalslandschaft unter dem Vorzeichen der Kostensenkung sind eingeleitet.⁶⁶

Ähnlich auch der Druck im Bereich Pflege. Der neue Sozialbericht des Landes sieht „rasant“⁶⁷ steigende Kosten für die Seniorenheime. Die Kostensteigerungen in den Seniorenheimen sind nicht durch die quantitative Ausweitung der Anzahl der Betreuten zu begründen. Vielmehr führt die hohe Zahl der Älteren in der Gesellschaft dazu, dass nur mehr bevorzugt Personen aufgenommen werden, die besonders intensive Pflege benötigen. Die Intensität der Pflege begründe die steigenden Kosten.⁶⁸ Auch in

⁶⁴ LVA 2014

⁶⁵ Salzburger Nachrichten, 8. Mai. 2014.

⁶⁶ Salzburger Nachrichten, 24. Juni 2014.

⁶⁷ Salzburger Nachrichten, 9. August 2013.

⁶⁸ Sozialbericht 2013.

diesem Bereich wird eine strategische Umorientierung mit dem Kostendruck begründet. Ziel ist es nun, möglichst keine neuen Heimplätze zu bauen, sondern auf den Ausbau der sozialen Dienste zu setzen.⁶⁹

Eine wichtige Reform führte zu einer geringfügigen Entkoppelung des Landes von den finanziellen Effekten der Alterung. Das Landes-Pfleggeld (vor allem für Landesbeamte) war im Landesvoranschlag 2012 letztmalig angesetzt. Noch 2010 entstanden hier Kosten von rund 20 Millionen Euro, von denen 10 ersetzt wurden. 2014 ist man bei dieser Position bei null, weil die Landespflegegeldverpflichtungen an den Bund abgegeben wurden. Im Gegenzug werden die Ertragsanteile für die Länder - und damit auch für Salzburg - reduziert.

Insgesamt ergaben sich aus der Novelle Mehrausgaben im Bereich des Bundes ab dem Jahr 2012 von rund 400 Millionen Euro. Die mit den Ländern vereinbarten Kostenbeiträge für die Übernahme des Landespflegegeldes durch den Bund werden mit einer Novelle zum Finanzausgleichsgesetz 2008 in Form einer Kürzung der Ertragsanteile der Länder geregelt. Die Steigerungsraten diese Ersätzen wurden auf Grund der demographischen Entwicklung hochgerechnet.⁷⁰

Auch die Einrichtung des Pflegefonds führte zu Verschiebungen. Das Land verzeichnet aus dem Fonds neue Einnahmen im Jahr 2014 von voraussichtlich 14,8 Millionen. Österreichweit werden im Jahr 2014 Gelder im Ausmaß von 235 Mio. Euro vom Bund an die Länder überwiesen. Die Mittel werden durch einen Vorwegabzug aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben nach dem Finanzausgleichsgesetz 2008 zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von den Ländern und Gemeinden aufgebracht.

Beobachtet man die Entwicklung des Landeshaushaltes seit 2010, so ist der Kostenzuwachs für altersbezogene Ausgaben spürbar. Brutto stiegen die Aufwendungen um 16 Prozent in vier Jahren. Die Inflation betrug 10

⁶⁹ Salzburger Nachrichten, 10. Juni 2014.

⁷⁰ Erläuterungen zum Ministerialentwurf zur Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes und des Bundespflegegeldgesetzes.

Prozent. Berücksichtigt man die Ersätze, ergibt sich eine Netto-Steigerung von 12 Prozent.

Die Annahme des EU-Ageing-Reports, dass die Alterung der Gesellschaft an anderer Stelle zu Einsparungen führt, wird nicht bestätigt. Es kommt nicht zu einer verminderten Dynamik bei den Bildungsausgaben. Die Ausgaben stiegen hier brutto um 18 Prozent.

Ausgaben des Landes Salzburg für ausgewählte Bereiche					
	Nettoausgaben in Mio. RA 2010	Nettoausgaben in Mio. LVA 2014	Veränderung der Bruttoausgaben	Veränderung der Nettoausgaben	Inflation 2010 bis 2014
Ausgaben des Landes für Pensionen (Budgetgruppe 08)	44	46	+18%	+5%	
Ausgaben des Landes für Gesundheit (Budgetgruppen 51, 55, 56, 59)	206	241	+13%	+17%	
Ausgaben des Landes für Allgemeine Öffentliche Wohlfahrt (Budgetgruppe 41 ohne Pflegefonds und 417)	80	96	+14%	+20%	
Gesamt	329	382	+14%	+16%	+10%
Ausgaben des Landes für Bildung (Budgetgruppen 20 bis 25)	78	85	+18%	+8%	

Insgesamt bestätigt sich das Bild des steigenden Drucks auf die öffentlichen Haushalte durch die Alterung. Allerdings sind politische Vereinbarungen in dieser Situationen dahingehend maßgeblich, bei welchen Körperschaften sich der Druck in welchem Ausmaß auswirken wird. Als Tendenz kann festgehalten werden, dass das Land durch die Übernahme der Be-

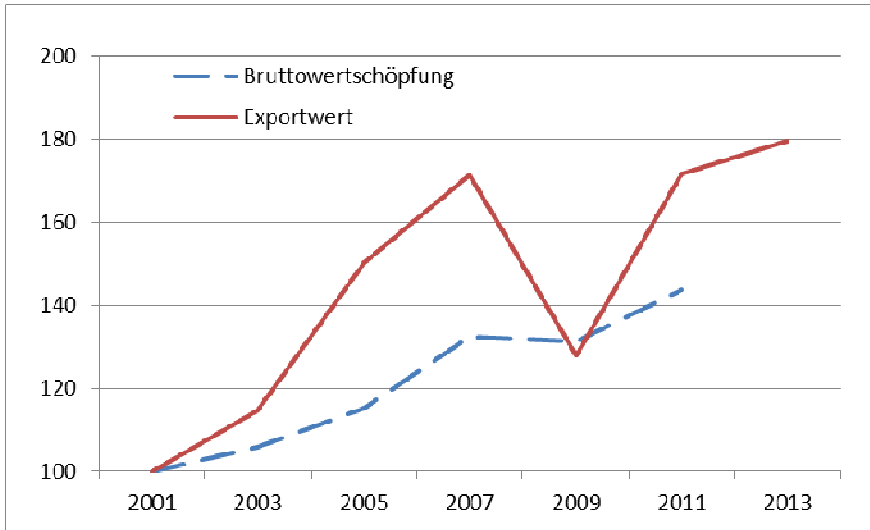
triebskostenabgänge von Krankenanstalten Gemeinden und andere Träger entlastet, im Sozialbereich hingegen die Ersätze und Umstellungen bei Pflege die Länder zu stützen scheinen. Nach wie vor ist festzustellen, dass für das Land die Betriebsabgänge der Krankenanstalten die mit Abstand deutlichste Dynamik aufweisen.

9. Internationalisierung und ökonomische Globalisierung

(Autor: Walter Scherrer) Internationalisierung und ökonomische Globalisierung sind für die Erhaltung des materiellen Wohlstands von großer Bedeutung, damit in einer Region ein hohes Einkommens- und wirtschaftliches Entwicklungsniveau erreicht und gehalten werden kann. Nur die Einbindung in die (internationale) Arbeitsteilung in einem großen und leicht zugänglichen internationalen Markt ermöglicht es auch Unternehmen aus einer kleinen Region wie Salzburg, Spezialisierungsvorteile auszunützen und Produktivitätssteigerungen zu erzielen.

Zahlreiche Indikatoren zeigen denn auch, dass der Grad der Internationalisierung der Salzburger Wirtschaft hoch und weiter im Steigen ist. So ist seit der Jahrtausendwende der Wert der Salzburger Exporte um 80 % gestiegen und damit knapp doppelt so rasch wie die Bruttowertschöpfung im Land Salzburg. Im Vergleich zu 2011, dem letzten verfügbaren Vergleichsjahr, ist der Exportwert im Jahr 2013 um 4,5 % höher (und ist damit stärker gestiegen als im gesamtösterreichischen Durchschnitt). Allerdings beträgt der Zuwachs zwischen 2007, dem letzten Jahr vor der Wirtschaftskrise, und 2013 auch nur 4,7% (siehe Diagramm).⁷¹

⁷¹ Die Statistik der Exporterlöse der Salzburger Wirtschaft wurde in den letzten eineinhalb Jahrzehnten durch ein Unternehmen maßgeblich beeinflusst, das seinen Sitz im Bundesland hat und dessen Exporte daher dem Land Salzburg zugerechnet werden, obgleich die zugehörige Wertschöpfung zu einem großen Teil außerhalb des Bundeslandes entsteht (Red Bull).



In der Entwicklung des Exportwerts spiegelt sich der wirtschaftliche Einbruch im Gefolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise; ob das auch eine Abflachung des Wachstumstrends bei den Exporten bedeutet, hängt ganz wesentlich von der Wirtschaftsentwicklung in den Exportmärkten ab. Aus den WKS-Daten geht nicht hervor, in welchem Umfang die Exportdaten durch die Entwicklung einer sehr kleinen Zahl großer Exportunternehmen dominiert werden.

In der Salzburger Tourismuswirtschaft entfallen gut drei Viertel der Übernachtungen auf ausländische Gäste. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2012 waren es zuletzt 76,7%, womit der Ausländeranteil wieder etwas über dem des Jahres 2011 lag.

Auf dem Salzburger Arbeitsmarkt stieg die Zahl der ausländischen Beschäftigten 2013 im Jahresdurchschnitt um 1.900 Personen auf etwas über 44.000, was einem Ausländeranteil von gut 18% entspricht. Zehn Jahre davor war dieser Anteil noch bei rund 12 % gelegen.

Die Voraussetzungen zu einer Fortsetzung des Internationalisierungsprozesses dürfen weiterhin als gegeben angesehen werden: Die Freiheit und Sicherheit des internationalen Güter- und Personenverkehrs ist in den meisten relevanten Export- und Importmärkten weiterhin gegeben. Auch die Transportkosten dürften in den nächsten Jahren auf niedrigem Niveau bleiben, nicht zuletzt weil die Verfügbarkeit fossiler Energieträger infolge des Einsatzes neuer Technologien (Fracking) gesichert bleibt.

Auch wichtige Treiber der Internationalisierung bleiben wirksam: Der Wunsch nach Einkommenswachstum – insbesondere im Zusammenhang mit etwas deutlicher hervortretenden Verteilungsfragen sowie Finanzierungsproblemen der öffentlichen Haushalte – erscheint als gesellschafts- und wirtschaftspolitische Zielsetzung weitgehend konsensfähig, ebenso der Wunsch nach Differenzierung und Diversifizierung des Konsums. Die damit in Verbindung stehenden Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt werden zwar nicht ausschließlich positiv gesehen, aber doch zumindest toleriert.

Somit spricht vieles dafür, dass der Trend der Internationalisierung und ökonomischen Globalisierung im Land Salzburg auch weiter wirksam bleibt. Mit welcher Geschwindigkeit das der Fall sein wird, hängt neben den angeführten Voraussetzungen und den Treibern der Internationalisierung wohl davon ab, wie rasch und wie deutlich eine Erholung der internationalen Wirtschaft eintreten wird. Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherheit in Salzburg werden daher auch künftig in erheblichem Umfang von der internationalen Wirtschaftsentwicklung beeinflusst.